

# bonner perspektiven

MAGAZIN DER BONNER AKADEMIE  
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE  
PRAKTISCHER POLITIK (BAPP)

BA PP

AUSGABE 02 | 2020

## DAS LEBEN ~~NACH~~ DER KRISE

*mit*

ELMAR BROK  
WOLFRAM EILENBERGER  
BODO HOMBACH

PETRA KÖPPING  
PIA LAMBERTY  
ALFRED MERTA

RONALD POFALLA  
KATHARINA SCHULZE  
MARKUS WEHNER



Eine Seuche verändert die Welt. Das haben Seuchen schon immer getan. Aber kann denn sein, was nicht sein darf? Zahlen wir nicht Steuern? Haben wir nicht Gesundheitsämter, chromblitzende Labore und Krankenhäuser? Sind wir nicht Weltmeister im Forschen und Organisieren? Und nun bringt ein biochemischer Winzling unsere Welt ins Straucheln. Er will sich einfach nur vermehren, aber in aller Unschuld und in wenigen Wochen zerrütet er politische, soziale, ökonomische und kulturelle Verhältnisse quer über alle Grenzen hinweg. Homo Sapiens erlebt eine beschämende Ohnmachtserfahrung. Sie wird sich tief in sein Unterbewusstsein einnisten. – Alle Auguren sind sich einig: Auch nachher wird nichts mehr sein wie zuvor.

Das Corona-Virus lehrt uns die Verletzlichkeit unserer hochintegrierten Systeme. Es testet die Spannkraft der Gesellschaft und die der globalen Interdependenz. Es konfrontiert uns mit der erbarmungslosen Sturheit der Naturgesetze. Es gibt uns Einblicke in unsere Wahrnehmung von Realitäten und deren Modulation durch die Medien. Der Erreger koppelt sich ab von der Erregung. Unsere Argumente und Tricks sind ihm gleichgültig. Auch die Posen autokratischer „Macher“, die doch glaubten, alles und auch uns im Griff zu haben. Der mächtigste Mann der Welt empfahl den Infizierten seines Landes einen guten Schluck Desinfektionsmittel. Dann wäre der Spuk schnell vorbei. Vielleicht hätte er Recht, aber dann würde es um Mitternacht im Weißen Haus spuken. Autokraten mögen Krisen, aber nur solche, die sie selber geschaffen haben.

Sind wir wehrlos? Nein. Wir können etwas, was das Virus nicht kann. Wir können miteinander reden. Wir können uns ein realistisches Bild der Sachlage machen. Wir können die Dinge nüchtern beim Namen nennen und den Kurs unserer Verhaltensweisen korrigieren. Wir können auf einander achtgeben, in der Familie, in der Nachbarschaft, regional, national, international. Jürgen Habermas sprach einmal vom „Maulwurf der Vernunft“. Er gräbt, auch in der Finsternis.

Nichts anderes will diese Ausgabe der Bonner Perspektiven. Sie führt Gedanken und Stimmen, Analysen und Konzepte zusammen. Ich wünsche ihr den Dialog mit ihren Lesern und danke allen, die es ermöglicht haben. Wer es in die Hand nimmt, steht nicht mehr mit leeren Händen da.

**Prof. Bodo Hombach**  
Präsident der Bonner Akademie  
für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP)

Illustration: Krystin Unverzagt



## RÜCKBLICK

### 4 VERGANGENE VERANSTALTUNGEN DER BAPP

## TITELTHEMA

### 8 SELBSTFINDUNG IN ZEITEN DES LOCKDOWNS

Ausnahmesituationen sind Wahrnehmungsschärfer. Sie sensibilisieren uns für die monumentale Unwahrscheinlichkeit des sogenannten Selbstverständlichen.

*Dr. Wolfram Eilenberger*

### 12 ZURÜCK ZU MAB UND MITTE

Akzeptanz für Wissenschaft, Aufklärung und Rationalität können ein nachhaltiger Krisengewinn sein.

*Prof. Bodo Hombach*

## KOMMENTAR

### 16 AUF IN EINE KLIMANEUTRALE UND GERECHTE ZUKUNFT!

Das Pariser Abkommen weist uns zwar den Weg, aber wir müssen ihn selbst beschreiten. Wir müssen ambitionierter werden.

*Katharina Schulze*



© istock/Liana Monica Bordei

44



©European Union

28

## KOMMENTAR

**22 WIE VERÄNDERT DIE CORONA-KRISE DAS VERHÄLTNISS ZU RUSSLAND?**

In schwierigen Zeiten darf der Gesprächsfaden nicht abreißen. Deutschland und Russland müssen den Dialog aufrechterhalten.

*Ronald Pofalla*

## INTERVIEW

**28 RAUFT EUCH ZUSAMMEN!**

*Interview mit Elmar Brok*

Wir haben in der EU immer noch nicht vollständig verstanden, dass in dieser Welt nationale Lösungen allein oft nicht mehr helfen – nicht nur bei Pandemien.

## TITELTHEMA

**32 GEFÄHRLICHER IRRGLAUBE**

Wenn Menschen das Gefühl haben, die Kontrolle zu verlieren, neigen sie eher dazu, Verschwörungen zu wittern und auch dort Muster zu sehen, wo gar keine sind.

*Pia Lamberty*

**38 ...NICHT SCHLIMMER ALS EINE GRIPPE?**

Pandemien kosteten 1957 und 1968 auch in Deutschland zehntausende Tote. Doch die Krankheiten trafen auf die Ignoranz von Politik und Medien.

*Dr. Markus Wehner*

## UMFRAGE

**44 OLYMPIA AN RHEIN UND RUHR?**

2032 könnten die Olympischen Spiele an Rhein und Ruhr ausgetragen werden. Was bringt das der Region? Wir haben nachgefragt, NRW hat geantwortet.

## KOMMENTAR

**46 EINIGKEIT..? UND RECHT UND FREIHEIT**

Die Hälfte der Ostdeutschen fühlt sich als Bürger zweiter Klasse. Warum kommt die Deutsche Einheit in großen Teilen nicht voran – oder verzeichnet sogar Rückschritte?

*Petra Köpping*

**50 PROBLEME GROß, CHANCEN GRÖßER**

Die Krise hat der deutschen Politik zu neuem Niveau verholfen. Zur rechten Zeit, denn Deutschland steht vor gewaltigen Aufgaben in der Wirtschafts- und in der Umweltpolitik.

*Alfred Merta*

## AUSBLICK

**54 KOMMENDE VERANSTALTUNGEN DER BAPP****55 Impressum**



„Wir brauchen kluge  
Regulierung,  
die Anreize schafft.“

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, MdL



Fotos: BAPP / Günther Ortmann

Aufgrund fehlender Anreize für die Schaffung einer langfristigen Infrastruktur unterliefen dem Land in der Vergangenheit gravierende Versäumnisse. Diese Fehler äußern sich jetzt etwa im mangelnden Breitbandausbau. Dabei werde es allerhöchste Zeit, dass Deutschland endlich im Gigabit-Zeitalter ankommt, so der NRW-Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart, der darüber hinaus langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren kritisierte. Mit Blick auf die bürokratischen Hürden bemängelte Timotheus Höttges, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG, das föderale System: Die Fragmentierung führe zu einer Bewegungsunfähigkeit und behindere eine zukunftsfähige Politik. Dem widersprach Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Der Föderalismus habe auch seine Vorteile. Seine Kritik hingegen traf vor allem die öffentliche Verwaltung.

Die Podiumsdiskussion **„Regulierung bis zur Strangulierung? Der Balanceakt zwischen Ordnungspolitik und sozialer Marktwirtschaft“** fand am 5. Februar 2020 in Bonn statt. Julia Grimm, Journalistin und Moderatorin bei phoenix, leitete die Podiumsdiskussion.

„Bei einem drohenden  
Wirtschaftsabschwung  
wird die Klimafrage  
der sozialen Frage  
gegenüberstehen.“

Dr. Alfred Gusenbauer



Als geradezu antipodisch bezeichnet der ehemalige österreichische Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer die Positionen der österreichischen Regierungsparteien. Noch dazu sei Schwarz-Grün kein geplantes politisches Projekt gewesen. Vielmehr habe es nach der Verwicklung der FPÖ in den Ibiza-Skandal keine tragbare Alternative gegeben. Das Bündnis nehme also keine wirkliche Vorbildfunktion für Deutschland ein. Laut dem Journalisten Paul Ronzheimer haben sich die Grünen im Koalitionsvertrag übers Ohr hauen lassen. Auch der Journalistin Judith E. Innerhofer fehlte es im Regierungsprogramm an visionären ökologischen Themensetzungen. Kritik äußerte auch Prof. Dr. Oliver Rathkolb vom Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. Er bemängelte das Fehlen einer sozialpolitischen Agenda und einer Bildungsreform – seiner Ansicht nach die wirksamsten Mittel gegen Rechtsextremismus.

Die Diskussionsveranstaltung **„Schwarz/Grün in Österreich - Den Nachbarn verstehen und daraus Lehren ziehen“** fand am 12. Februar 2020 im Bonner Universitätsforum statt. Die Moderation übernahm Dr. Hans-Peter Siebenhaar, Handelsblattkorrespondent für Österreich und Südosteuropa.



„Man darf durchaus hoffen, dass nach Putin auch mal wieder jemand kommt, der das Land zum Positiven verändern will!“

Ronald Pofalla

Rund vier Monate vor der russischen Verfassungsreform sprach sich Ronald Pofalla, Vorstandsvorsitzender des Petersburger Dialogs, für die Fortsetzung einer engen deutsch-russischen Verständigung aus. Kritik kam von Seiten der Journalistin Golineh Atai. Zwar wünsche auch sie sich einen aufrichtigen Dialog mit Russland, jedoch sei in den letzten Jahren eine zunehmende Verhärtung und Ideologisierung der Putin-Politik zu beobachten. Für einen Dialog brauche es aber schließlich immer zwei Seiten. Dem widersprach Matthias Platzbeck, Vorsitzender des Vorstands des Deutsch-Russischen Forums e.V. „Gerade, dass jemand anders ist als wir, sollte für uns eine verstärkte Aufforderung zum Dialog sein.“ Man dürfe nicht mit erhobenem Zeigefinger von heute auf morgen eine Besserung fordern, sondern müsse die Beziehungen mit Weitblick betrachten.

Die Veranstaltung „**Russland – Zeit für einen neuen Dialog?**“ fand am 27. Februar 2020 statt. Anja Bröker, Moderatorin und ehemalige Auslandskorrespondentin der ARD in Moskau, leitete die Debatte.

„Die Nato ist der letzte Anker gegen eine türkische Atombewaffnung. Ich warne davor, die Türkei aus der Nato zu drängen!“

Sigmar Gabriel



Fotos: BA/PP / Günther Ortmann

Zweifel an der NATO seien viel gefährlicher für das Bündnis als etwa finanzielle, materielle oder personelle Mängel, so der ehemalige Bundesaußenminister Sigmar Gabriel. Als weitere große Herausforderungen identifizierte er das schwierige Verhältnis zu der Türkei, die er als „Frenemy“ betitelte, sowie den Isolationismus der USA, die sich mehr und mehr von ihrer früheren Rolle als „Weltpolizist“ zurückziehe. Auch die Botschafter Ekkehard Brose und Dr. Hans-Dieter Lucas attestierten den USA mangelnde Führungsfähigkeit. Vor dem Hintergrund dieses Machtvakuumms stelle sich die Frage, wie sich Europa zukünftig im Bündnis positionieren wolle. Denn die NATO sei der einzige Rahmen für kollektive Verteidigung, so Gabriel. Daher brauche es hier einen substanziellen europäischen Beitrag.

„**Die NATO – Auch in Zukunft ein Bündnis, das den Frieden sicherer macht?**“ fand am 2. März 2020 in Bonn statt. Dr. Anna Sauerbrey, Ressortleiterin Causa/Meinung beim Tagesspiegel, moderierte die Podiumsdiskussion.



„69% Zustimmung für den Rechtsstaat sind nicht genug: Wir wollen und wir müssen besser werden“

Peter Biesenbach, MdL

Laut NRW-Justizminister Peter Biesenbach gelingt die überwiegende Zahl der gerichtlichen Vorgänge. Es seien wenige, unglücklicherweise jedoch öffentlichkeitswirksame Fälle, die das Bild der Justiz verzerren. Zudem habe sich die Berichterstattung gewandelt: Insbesondere im Netz führe der übermäßige Fokus auf Klickzahlen häufig zu Skandalisierungen. Gute Kommunikation sei deswegen besonders wichtig. Viel zu häufig sprächen Richter ihre Urteile, aber nicht über diese. Auch der Journalist und Rechtsexperte Dr. Frank Bräutigam forderte eine bessere Aufstellung der Pressestellen, um Urteile zu erklären und Diskussionen zu begegnen. Barbara Stockinger, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, erklärte, in der Pressearbeit habe sich in den vergangenen Jahren bereits viel getan, die Gerichte erklärten zunehmend mehr und bildeten ihre Mitarbeiter gezielter aus.

Die Diskussionsrunde **„Im Namen des Volkes – über die Akzeptanz und Vermittelbarkeit von Gerichtsurteilen“** fand am 5. März 2020 in den Räumlichkeiten der Bonner Akademie statt. Durch den Abend führte Andrea Oster, Journalistin und Moderatorin beim WDR.

# ALLES ANDERS ALS GEPLANT.



Die Viruskrise hat unser aller Leben auf den Kopf gestellt. Die vergangenen Monate waren geprägt von einem kompletten Umbruch des Alltags, kaum ein Lebensbereich blieb von den Auswirkungen der Pandemie unberührt. Auch in der Akademie mussten wir uns den neuen Umständen und den damit verbundenen Herausforderungen stellen. Lang geplante Veranstaltungen wurden abgesagt, neue Formate an die Krisenzeit angepasst und Pläne für die Zukunft geschmiedet. Die vielbesuchten Podiumsdiskussionen – die öffentlichkeitswirksamste Säule der Akademie – konnten nicht länger wie gewohnt stattfinden. Namhaften Gästen, von Tom Buhrow bis Martin Schulz, musste abgesagt werden. Doch Stillstand war keine Option. In kürzester Zeit wurden neue Online-Formate aufgebaut: Erst ein wöchentlicher Newsletter, der die vielschichtigen Auswirkungen der Krisenentwicklung aus verschiedenen Perspektiven in den Blick fasst, dann der Digitale Dialog, der unser bewährtes Diskussionsformat infektionsschutzgemäß auf die Online-Ebene überträgt.



Fotos: BAPP / Günther Ortmann

Den Startschuss des Digitalen Dialogs markierte die Diskussion zwischen dem Bonner Virologen Prof. Dr. Hendrik Streek und dem Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, Prof. Dr. Michael Hüther unter dem Titel „Die neue Sachlichkeit in Politik und Gesellschaft – Wem vertrauen wir in der Krise?“ In einem von Marc Steinhäuser moderierten Gespräch sprachen sie darüber, wie eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Politik, Medien und Wissenschaft aussehen kann.

Die österreichische Philosophin Prof. Dr. Marie-Luisa Frick sprach in der zweiten Ausgabe der Reihe gemeinsam mit Dirk Brengelmann, dem deutschen Botschafter im Königreich der Niederlande, zu dem Thema „Alle zusammen oder jeder für sich? Der Umgang mit der Corona-Krise in Europa.“ Themen der Online-Diskussion waren das Krisenmanagement der EU und der innere europäische Zusammenhalt. Die Moderation übernahm der Phoenix-Redakteur Michael Krons.

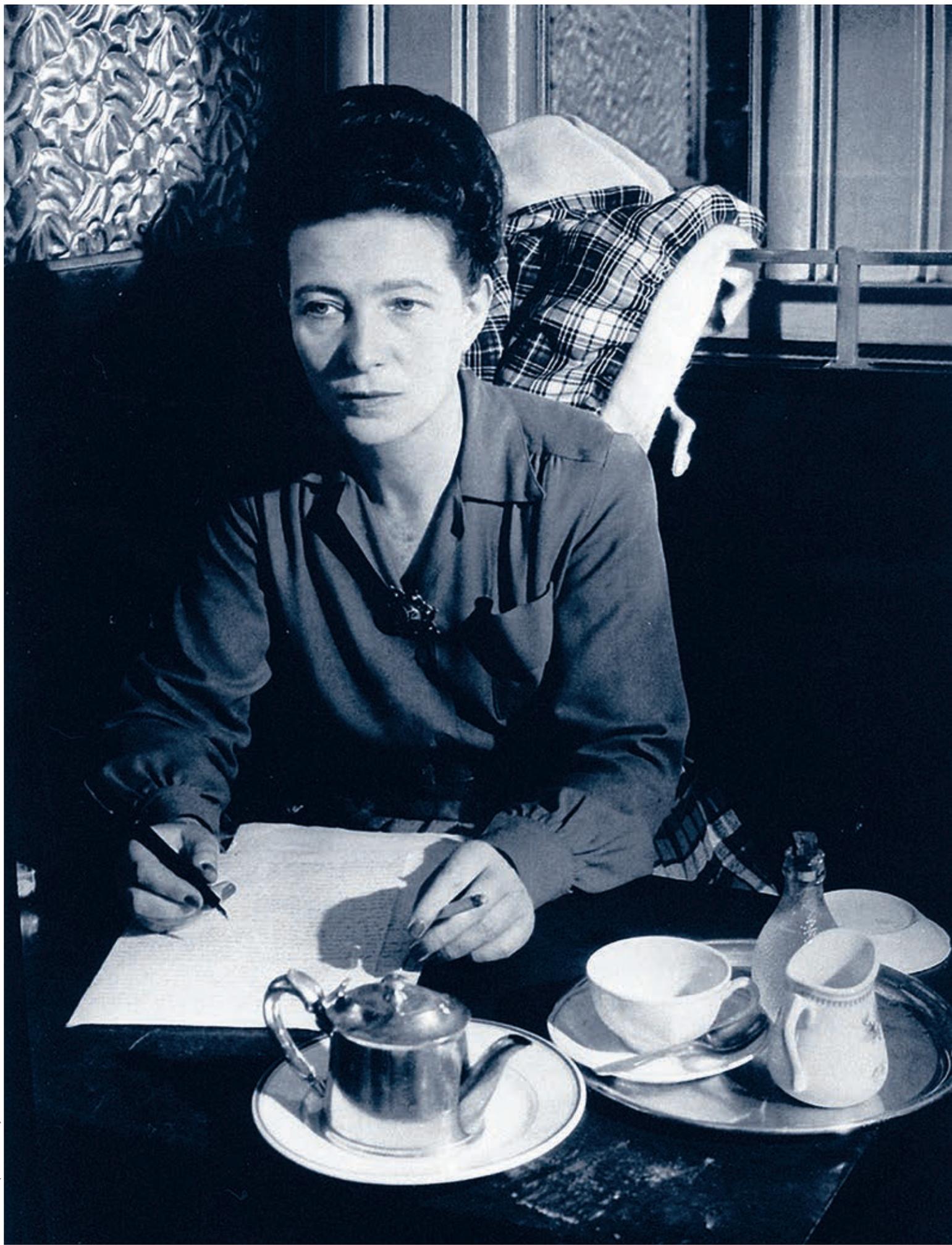
In der dritten Ausgabe des Formats diskutierten Ina Scharrenbach, NRW-Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung, Katja Wilken, ehemalige operative Leiterin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, und Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zu „Kommunen und die Krise – Kommunen in der Krise?“ Die thematische Einführung übernahm Prof. Dr. Volker Kronenberg, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der BAPP.

---

Es ist noch nicht absehbar, wann die Diskussionsrunden der BAPP wieder im altbekannten Format stattfinden werden.

Doch die vergangenen Monate haben gezeigt, wie flexibel, digital und effizient die Akademie auf Zeiten wie diese reagieren kann.

---



## WIE SIMONE DE BEAUVOIR UND JEAN-PAUL SARTRE EINST DIE STILLEGUNG IHRER EXISTENZ NUTZTEN

# SELBSTFINDUNG IN ZEITEN DES LOCKDOWNS



Von Dr. Wolfram Eilenberger

**U**nd, wie haben Sie die Situation des Corona-Lockdowns erlebt? Welche Gedanken darin gewägt, welche emotionalen Schwankungen durchlitten, welche währenden Erkenntnisse gewonnen? Womöglich gar dieselben wie einst Simone de Beauvoir in vergleichbarer Situation: „Eindruck unendlicher Muße. Die Zeit hat ihren Wert verloren... Ich fühle mich entspannt und schwebend, ich warte, ich weiß nicht worauf. Es ist, als warte alle Welt... Ich bin trübsinnig, ich habe zu wenig geschlafen, ich bin müde... Ich lese das alles in den Zeitungen, und es berührt mich kaum. Ich bin narkotisiert... In dieser Existenz, die monoton bis zur Kargheit ist, gewinnt die kleinste Abweichung große Bedeutung.“

Ausnahmesituationen sind Wahrnehmungsschärfer. Sie sensibilisieren uns für die monumentale Unwahrscheinlichkeit des sogenannten Selbstverständlichen. Stellen nie bedachte Gewohnheitsmuster produktiv infrage, wecken unseren Sinn für die Offenheit allen wahren Handelns. Dies gilt in politischer wie lebensweltlicher Hinsicht, im Öffentlichen wie im Privaten, im Schöpfen wie im Lieben. Zu den eindrucklichsten literarischen Zeugnissen, wie eine Situation vollständigen lebensweltlichen

Stillstands zum Auslöser für eine fundamentale existentielle Neuorientierung wird, zählen dabei Simone de Beauvoirs und Jean-Paul Sartres Kriegstagebücher der Jahre 1939/1940.

**A**uf die Mobilmachung und Kriegserklärung der Franzosen gegen Hitler im September 1939 folgte die Phase des sogenannten Sitzkrieges (französisch.: *Drôle du guerre*). Für mehr als neun Monate sollten sich damals zwei Millionenheere einsatzbereit gegenüberstehen: ohne jede Kampfhandlung, ohne einen einzigen Schuss, ohne klaren Angriffszeitpunkt. Ein Zeitraum höchster Anspannung und Unsicherheit, alltäglicher Leere und damit auch Unwirklichkeit, den Jean-Paul Sartre, Beauvoirs damaliger Lebens- und Denkpartner, kurz vor seiner Abreise an die Front im Spätsommer 1939 folgend beschrieb: „Paris war komisch. Alles war zu. Restaurants, Theater, Läden ... und die Viertel hatten ihr individuelles Gesicht verloren. Es war nur noch eine Totalität übrig, die Paris war. Eine Totalität, die für mich schon Vergangenheit war und auch, wie Heidegger sagt, zusammengehalten und getragen wird vom Nichts.“

**G**etrennt von ihrem über alles geliebten Gegenüber verbringt Beauvoir die Monate des „Sitzkrieges“ weitenteils isoliert in einem Pariser Hotelzimmer und verfällt zunächst in ein tristes Grübeln über den möglichen Sinn ihres Lebens. Ganz auf sich selbst zurückgeworfen und zunächst wohl nur, um die Angst und innere Leere zu bekämpfen, beginnt sie allerdings schon bald, ihr bereits seit langen Jahren stagnierendes literarisches Schreiben zu aktivieren: „Ich lebe in einer Art Stumpfsinn. Keine Zukunft hat noch Realität. ... Ich reagiere nicht mehr auf all diese Prophezeiungen. Ich arbeite an meinem Roman.“

Beauvoir tritt ihrer Lockdown-Situation mit der paradox anmutenden Haltung einer stoischen Revolte entgegen. Diese besteht zum einen darin, sich nur noch auf das zu konzentrieren, was scheinbar ganz in eigener Hand liegt. Zum anderen aber auch darin, wider alle erfahrene Sinnlosigkeit und Zukunftsverschlossenheit neuen Sinn in die eigene Existenz zu leiten, sich gar selbst neu zu schöpfen: „Ich fühle, dass ich etwas Bestimmtes werde. Bald bin ich zweiunddreißig, ich fühle mich als fertige Frau, ich möchte nur wissen, welche? ... Und ganz allgemein, was verlange ich heute vom Leben, von meinem Denken, wo stehe ich in der Welt?“

Bereits im Januar 1940 kann sie Sartre per Brief voll Stolz vermelden: „Ich glaube schon, daß Sie mich loben werden, wenn Sie meine 250 Seiten lesen (denn es werden mindestens 250 sein, Kleiner, der so lange auf sich warten lässt).“ Wie auch Sartre, direkt an der Sitz-Front im Elsass ebenfalls zum Ausharren verurteilt, diese Phase des absoluten Stillstands und der Todesfurcht zu entscheidenden gedanklichen Durchbrüchen nutzt: „Wieder ein arbeitsamer Tag... Philosophie, es musste sein. ... Ich hatte eine Theorie des Nichts. Sie war noch nicht sehr gut formuliert,



© Wiki Commons

und jetzt ist sie es. ... Die Philosophie, die ich treibe, ... (ist) eigennützig. Sie spielt in meinem Leben die Rolle, mich gegen die Melancholie, Verdrossenheit und Traurigkeit des Krieges zu schützen, und außerdem versuche ich jetzt weder, mein Leben nachträglich durch meine Philosophie zu schützen, was eine Schweinerei ist, noch mein Leben meiner Philosophie anzupassen, was pedantisch ist, sondern Leben und Philosophie sind wirklich eins.“

Was heißt es, mit dem Blick in den alltäglichen Abgrund des Nichts ein Individuum zu werden? Seinen Platz in der Welt zu finden? Gerade auch als Frau? Das sind die Themen, um die Beauvoirs und Sartres Gedanken damals mit neuer, bahnbrechender

*die espèces très utilisées du bassin méditerranéen parfumerie. Elles poussent surtout sur les sols secs et arides à l'exception du Lavandula stoechas qui préfère les sols riches.*  
*Leur utilisation dans le bassin méditerranéen romain était déjà utilisée par les Romains pour conserver le linge et les bains. En Provence les lavandes sont très abondantes au Moyen Âge et*

Produktivität kreisen. Sartre legt an der Front des Sitzkrieges das Fundament für sein späteres Mammutwerk „Das Sein und das Nichts“. Beauvoir nutzt die Phase des „Pariser Lockdowns“ zur Ausarbeitung ihres ersten Romans *L'invitée* (deutsch: Sie kam und blieb) und findet so als Autorin erstmals zu einer wirklich eigenen Stimme. Eben jener Stimme, die sie gemeinsam mit Sartre zur Mitbegründerin einer philosophischen Strömung macht, die nur fünf Jahre später unter dem Label „Existentialismus“ die gesamte westliche Welt erobern sollte.

Tief verunsichert, ja verängstigt, gelingt es beiden, die fundamentale Störung ihres Weltverhältnisses in tiefe Muse umzudeuten, die empfundene Leere als schöpferischen Auftrag, die erfahrene Unwirklichkeit als Ausgangspunkt neuer Selbstverwirklichung. Sicher kein Patentrezept für jedermann – oder jedefrau. Aber doch ein bleibender Wink in Hinblick auf das, was Menschen selbst in finsterster Zeit als Schöpfern möglich bleibt: Freiheit ergreifen, eigene Wege wagen, nicht verängstigt zaudern, sondern mutig kreieren – auch, ja gerade in existentiellen Ausnahmesituationen. Für sich selbst. Für uns alle.



#### Literatur:

Simone de Beauvoir, *In den besten Jahren*, Reinbek, 1969  
 Simone de Beauvoir, *Kriegstagebuch 1939–1941*, Reinbek, 1994  
 Wroblewsky, V.v. (Hrsg.), *Jean Paul Sartre: Briefe an Simone de Beauvoir 1940–1963*, Hamburg, 2004

#### Dr. Wolfram Eilenberger

ist Schriftsteller und Philosoph. Seine Werke sind in mehr als 20 Sprachen übersetzt worden. Zuletzt erschien von ihm der Bestseller „Zeit der Zauberer – Das große Jahrzehnt der Philosophie 1919–1929“ (Klett-Cotta, 2018). Im September 2020 erscheint „Feuer der Freiheit – Die Rettung der Philosophie in finsterner Zeit 1933–1943“ (Klett-Cotta). Eilenberger ist derzeit „Stadtschreiber Ruhr“ der Brost-Stiftung.



## DEUTSCHLAND NACH DER CORONA-KRISE

ZURÜCK ZU MAß  
UND MITTE

Von Prof. Bodo Hombach

**E**in bizarrer Winzling aus Eiweißmolekülen drängt sich in unsere durchorganisierte Welt. Er zettelt – einfach mal so – einen weltumspannenden Krieg an. Frontverlauf unklar. Die fragile Weltwirtschaft geht in Klump. Er zerrüttet arrogantes Ich-Gefühl hochentwickelter Gesellschaften. Das macht er völlig emotionslos. Er kennt ein paar biologische Tricks. Unter dem Radar von Fresszellen und Antikörpern sucht er sich einen „Wirt“. Der „Mensch“ als solcher interessiert ihn nicht. Humorlos, naiv, unschuldig nimmt er ihn in seinen Stoffwechsel auf. Verzweiflung, Trauer, Protest sind ihm schnuppe.

Doch dieses Virus beschert uns nicht nur Ängste. Corona macht vielleicht sogar die Rückkehr zu Maß und Mitte möglich: Politisch und medial bemerken wir eine neue Sachlichkeit und Fachlichkeit. Prä-Corona überwog inhaltsarmes populistisches Gequassel. Ein postfaktisches Zeitalter war bereits ausgerufen. Gefühl und Befindlichkeit überstimmten Verstand. Nun genießt Wissenschaft plötzlich gesellschaftliche Wertschätzung. Zumindest bei denen, die nicht dumm geblieben oder dumm gemacht wurden. Man hört wieder *hin*, vielleicht sogar *auf* die, die wissen, wovon sie sprechen. Plötzlich gelten die Sachen und nicht die Ansichtssa-

chen. Dem nüchternen Massenmörder kommt man nur durch Nüchternheit bei. Gesundheitssysteme, Krankenhäuser, Pflegedienste, eben noch Verhandlungsmasse bei der Gewinnoptimierung und am unteren Rand der Einkommenstabelle, erweisen sich als systemrelevant. Rationales Kalkül von Risiken ist wieder erfragt. Sachlichkeit ist erwünscht, weil man sich sachgerecht verhalten will.

**M**achen wir das Beste draus! Mindestens ein Update unserer Werteskala. Akzeptanz für Wissenschaft, Aufklärung und Rationalität können nachhaltiger Krisengewinn sein. Wissenschaftliche Politikberatung sollte wieder mehr als eingeübtes Ritual sein. Etliche Medienleute reagieren darauf. Die erkennen es als probates Mittel gegen vulgären Populismus. Einige Journalisten kommen jedoch aus ihrer Rolle nicht heraus. Mit unendlicher Geduld versuchen Virologen, Soziologen, Psychologen ihnen immer wieder neu zu erklären, was man weiß oder leider noch nicht. Nach anfänglicher Schüchternheit fallen einige Interviewer in eingelernten Jagdeifer zurück. Sie zeichnen Schuldige oder Wundertäter. Sie inszenieren Gladiatorenspiele. Virologen sollen den Star markieren und sehnen sich doch sichtlich ins Labor zurück. Politiker,

die sich bis zur physischen Erschöpfung abrackern, sollen sich am späten Abend in einer Sprechshow noch genussfähig zanken oder verhören lassen, warum sie dieses nicht im Vorhinein gewusst und jenes nicht genau so gemacht haben, wie es die intentionale Moderation für richtig hält. Abwägen gilt als Schwäche, Zögern als Inkompetenz, Beißhemmung als Spielverderberei, Fachlichkeit als langweilig. Gute Journalisten haben allerdings schnell gemerkt: Die Mitte wünscht sich eine neue Sachlichkeit. Vielleicht stiftet Corona ein Joint Venture der verantworteten Vernunft zwischen Journalismus, Wissenschaft und Politik. Dann ginge man mal wieder aufeinander zu und nicht aufeinander los. Erst geht es um die Sache und die Fakten, die argumentative Begründung der angestrebten Problemlösung und die vermittelnde Deutung, dann um die Maßnahme und natürlich auch die notwendige Kritik.

**E**ine Rückkehr der Vernunft – von Maß und Mitte – wünscht man sich indes auch für die notwendigen finanziellen Rettungsmaßnahmen: Gigantische Gelder werden gerade in die Welt gesetzt. Der Zukunftstransfer gewaltiger Rechnun-

gen ist entfesselt. Unbestritten: Man muss sich realen Problemen stellen – nicht auf der langen Bank, sondern mit Kraft, kompetent und grenzüberschreitend solidarisch. Weltweit fordern Politiker gerade soziale Distanz und – im gleichen Atemzug – soziale Umarmung. Die kollektive Duldung gewaltiger Ausgaben soll die Folgen des verordneten Stillstandes abfedern. Ein Spagat von nie dagewesenem Ausmaß soll Volksgesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt retten. Nebenbei Europa gegen dessen eigene Zerfallstendenzen. Keine Frage: Das Virus hat uns den asymmetrischen Krieg erklärt. Die Notwehrmaßnahmen entsprechen der Not. Wer von der Corona-Krise existenziell gefährdet ist, soll Überbrückungshilfen erhalten. Das ist Konsens. Aber wo das Rettende wächst, wachsen auch die Gefahren. „Schnelles Geld“? – das weckte sofort den „Abgreif-Reflex“ – nicht nur im schlicht regierten Berlin. Es weckte notorische Gefährder des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die heute verausgabten Steuergelder der Zukunft werden vorrangig diejenigen aufbringen, die gerade große Teile ihres Vermögens verlieren und noch verlieren werden.





Seit Gründung unserer Republik gilt bei uns die Logik des Ausgleichs. Die „starken Schultern“ tragen viel. Die vom Soli nicht Befreiten (10%) zahlen mehr als die Hälfte (54,8%) der Einkommenssteuer, haben aber weniger als ein Drittel am verfügbaren Einkommen (Quelle BMF). Beim Soli, den man den 10% nicht erlässt, weil sie eben „die Besserverdiener“ sind, standen und stehen sie für den Aufbau Ost ohnehin für 54,8% gerade. In wenigen Ländern funktioniert der Lastenausgleich so fair wie in Deutschland. Das haben sozial Gesonnene in beiden Volksparteien bewirkt. Es entwickelte sich zum gesellschaftlichen Grundkonsens. Unter der Voraussetzung: Es braucht Ausgleich und Zusammenhalt zwischen denen, die auf Transferleistungen angewiesen sind und jenen, die ein solches System bejahen und das nötige Geld erwirtschaften und die wertschöpfenden Strukturen aufbauen und pflegen. Dieser Zusammenhalt, dieser soziale Konsens ist zu

schaffen und zu erhalten. Zusammenhalt zwischen gewährendem Politiker und nehmender Wählerschaft ist Obrigkeitstraum und nicht demokratische Kultur. Alle deutschen Kanzler haben bisher diejenigen anerkannt und gewürdigt, die sich zum Sozialstaat bekennen und ihn durch ihre Arbeit wesentlich ausgestalten und finanzieren. Das Erfolgsgeheimnis der Bundesrepublik heißt nicht „Sozialismus“ und nicht „Marktwirtschaft“, sondern „Soziale Marktwirtschaft“. Wer Sozialpolitik braucht und wer sie finanziert, arbeitet in diesem System zusammen, nicht gegeneinander. Das politische Motto dazu heißt: „versöhnen statt spalten“. Es ist die Haltung pragmatischer Besonnenheit, nicht der Feuchtraum abgehobener Ideologen. Einer von denen verkündete über den Spiegel im Dezember letzten Jahres, die SPD solle nicht weiter danach streben, von allen gewählt zu werden. Die Partei solle sich auf Menschen mit geringem Einkommen konzentrieren. Just diese wissen jedoch: Von nix kommt nix. Man muss erst erarbeiten, was man ausgeben will.

Sich auch auf diese Rationalität zu besinnen – kann auch Chance der Pandemie sein. Rationales Abwägen, neue Sachlichkeit und eine Rückkehr der Vernunft in Politik und Journalismus. Mehr wissenschaftliche und fachliche Politikberatung. Ein Journalismus, der nicht intentional antritt, sondern ein möglichst realistisches Bild unserer Welt vermittelt und der nicht nur nach der schnellen schlechten Nachricht sucht. Natürlich hat er Fehlentwicklungen zu enthüllen, aber auch eine Idee von der hilfreichen Lösung zu entwickeln. Das ist nicht alles, aber wäre das nichts?

#### Prof. Bodo Hombach

ist der Präsident der Bonner Akademie. 1998 wurde er unter Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts berufen. Von 1999–2001 war er als Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa in Brüssel tätig. Anschließend war er von 2002 bis 2012 Geschäftsführer der WAZ-Mediengruppe. Er ist Vorstandsvorsitzender der Brost-Stiftung.



## Globale Krisen Bewältigen

# Auf in eine Klimaneutrale und Gerechte Zukunft!



Von Katharina Schulze

Die letzten Monate zeigen es: Wir können die Corona-Krise in Deutschland eindämmen, indem wir wissenschaftlich fundiert und konsequent nach Faktenlage handeln. Transparente und nachvollziehbare Kommunikation ist dafür wesentlich – und eine gemeinsame Kraftanstrengung der gesamten Bevölkerung. Die Kosten dieser Pandemie sind immens und belasten die Generationen und die Gesellschaft unterschiedlich. Dennoch verdeutlicht uns Corona, wie wir Gefahren gemeinsam und demokratisch begegnen können. Obwohl in den Medien immer wieder Bilder von Demonstrationen gezeigt werden, bei denen Menschen die Corona-Bekämpfungsmaßnahmen anzweifeln und Verschwörungsmymen verbreiten, darf man nicht vergessen: Fast 60% der Bevölkerung steht hinter den Vorgaben zur Eindämmung der Pandemie, zeigt der ARD-Deutschland-

trend vom August 2020. Das ist ein positiver Wert und stimmt optimistisch, dass wir auch andere Herausforderungen gemeinsam meistern können. Denn auch die Bewältigung der Klimakrise erfordert ein konzentriertes Vorgehen. Sie ist in den vergangenen Monaten nicht weniger bedrohlich geworden, viele Menschen sorgen sich – trotz Corona – zu Recht. Es macht deswegen keinen Sinn, den Klimaschutz und die Pandemiebekämpfung gegeneinander auszuspielen, beides muss gemacht werden. Das fordern die Menschen auch ein, wie der ARD-Deutschlandtrend im Juli 2020 bestätigt: Die Hälfte der Deutschen befürwortet, dass Deutschland sich im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft besonders um den Klimaschutz kümmern soll. Anschließend, mit knapp 40% Zustimmung, wird der Kampf gegen die Corona-

Folgen genannt. Weitere Studien, wie die des Leibniz Instituts für Wirtschaftsforschung vom Juli 2020, erheben eine noch deutlichere Zustimmung für die Dringlichkeit von Klimaschutz und der Notwendigkeit, Wirtschafts- und Klimapolitik unter den aktuellen Umständen zu ver-



knüpfen. Man sieht: In der Bevölkerung ist der Rückhalt für diese Maßnahmen vorhanden, jetzt müssen aber die erforderlichen Schritte auch gemacht werden! Es ist an der Zeit, die Anstrengungen zu verbinden und die Synergien zur Bekämpfung der verschiedenen Krisen zu nutzen. Ich bin überzeugt: Nur wenn wir in Generationen denken, wenn wir mehr Klimaschutz wagen, haben wir eine Chance auf eine klimagerechte Zukunft. Dabei ist entscheidend, dass auch die Perspektiven von Frauen in der Bekämpfung der Klimakrise mehr gehört werden – sie sind schon heute anders und stärker betroffen von Klimafolgen. Um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, gilt es jetzt beherzt zu handeln.

### **GLOBALE BEDROHUNGEN WISSENSCHAFTLICH FUNDIERT DEMOKRATISCH LÖSEN**

Manche sagen, dass die Corona-Pandemie dem Klima nütze und der Natur eine Pause verschaffe. Ich halte das für zynisch. Bei so einer Aussage werden die Augen davor verschlossen, dass viele Menschen bisher gestorben sind und viele Genesene sehr gelitten haben oder weiter mit den Folgen der Erkrankung ringen. Viele Firmen und Organisatio-

nen improvisieren zwar kreativ mit den Hygieneregungen, Home-Office und weniger Dienstreisen, gleichzeitig kämpfen sie jedoch um ihr wirtschaftliches Überleben. Ich kann die Zukunftssorgen nachvollziehen und auf diese muss reagiert werden. Während die Welt auf einen Impfstoff gegen COVID-19 wartet und mit geballter Kraft daran gearbeitet wird, können wir bei der globalen Erderhitzung nicht auf einen Impfstoff hoffen. Da hilft nur die konsequente Reduzierung von CO<sub>2</sub>. Die schockierenden Berichte aus Sibirien, der Arktis und auch die diesjährige Sommerhitze zeigen, dass die Klimakrise rasant an Geschwindigkeit zunimmt. Solche Hitzewellen und extreme Wetterereignisse werden das neue Normal sein. Der Handlungsbedarf steigt spürbar. Was können wir also lernen von der einen für die andere Krise?

**B**ei der Corona-Krise haben wir in Deutschland bisher gemeinsam schier Unmögliches erreichen können. Bilder von überfüllten Krankenhäusern wie in anderen Ländern blieben uns zum Glück erspart. Wir sehen, dass unsere Demokratie in Krisenzeiten funktioniert: Um die Ausbreitungskurve abzuflachen, packt die Zivilgesellschaft solidarisch mit an, die Wissenschaft forscht mit Hochdruck, die Exekutive handelt, die





© Archiv Grünes Gedächtnis

**Abbildung 1**

Opposition kontrolliert, bringt Vorschläge ein und sorgt für Transparenz, die Gerichte kippen unangemessene Verordnungen der Regierungen, die Presse berichtet umfangreich. Man sieht: Die Demokratie schlägt kräftig und kann Krisen begegnen. Dieser gemeinsame Fokus, orientiert an Fakten und am Gemeinwohl, ist für die kommenden Monate der Pandemie ebenso nötig wie für eine klimaneutrale Zukunft.

Selten hat Deutschland so viel auf Virologinnen und Virologen, Ärztinnen und Ärzte und das Robert-Koch-Institut geschaut. Die Politik hat uns allen auf wissenschaftlichen Grundlagen große Einschränkungen zugemutet, die Bevölkerung verfolgte mit regem Interesse Pressekonferenzen, Liveticker und Podcasts zu neuesten Erkenntnissen und konnte so nachvollziehen, warum welche Maßnahmen nötig wurden. Erfreulich, dass der Medienkonsum im Frühjahr 2020 stark

anwuchs und so viele Menschen in der Pandemie informiert bleiben! Eine transparente und verständliche Kommunikation ist in Krisen der Schlüssel, ebenso wie das Verständnis darüber, wie Wissenschaft arbeitet sowie das Aushalten von Unsicherheiten. Genau dieses Vorgehen und das daraus resultierende Vertrauen in die Expertise der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, unabhängige Medien und politische Rahmenbedingungen brauchen wir für die Bekämpfung der Klimakrise auch. Deutschland hat sich verpflichtet, die Ziele des Pariser Klimaabkommens mit einer maximalen Erwärmung der Erde um höchstens 2°C bis zum Jahr 2100 einzuhalten. Berechnungen führender Klimawissenschaftler ergeben, dass wir weltweit nur noch ein sehr begrenztes Budget für die Emission von Treibhausgasen haben, wenn dieses Ziel eingehalten werden soll. Es besteht in der internationalen Staatengemeinschaft Einigkeit, dass die Industrieländer wegen der wesentlich höheren Pro-Kopf-Emissionen ihren Ausstoß an Klimagasen bis 2050 um mindestens 95% gegenüber 1990 senken müssen. Ab dem Jahr 2050 muss sich daher weitgehend ein klimaneutrales Wirtschaften etabliert haben. Man sieht also: Wir haben kein Erkenntnisproblem bei der Bekämpfung der Klimakrise, sondern ein Umsetzungsproblem.





Und wie ist unser Zwischenstand? Trotz einiger positiver Entwicklungen verfehlen wir sehenden Auges unsere Klimaziele, zum Beispiel im Energie- und Mobilitätsbereich. Das Pariser Abkommen weist uns zwar den Weg, aber wir müssen ihn selbst beschreiten. Wir müssen ambitionierter werden. Klimaschutz ja oder nein, daran wird sich unser Wohlstand zukünftig bemessen. Ich bin überzeugt: Wir können es uns nicht leisten, weiter Zeit zu verlieren. Weil die Zeit drängt, müssen die Schritte aus der Corona-Krise hinein in eine nachhaltigere Zukunft mutiger sein als nach der Banken- und Finanzkrise im Jahr 2008. Diesmal müssen die Chancen, die eine solche Krise bietet, genutzt werden: Die Politik muss die Rahmenbedingungen für die sozial-ökologische Transformation unserer Wirtschaft setzen. Nach den Soforthilfen der letzten Monate kommt die Zeit für staatliche Innovationsförderung, Weiterbildung, klare Perspektiven für Unternehmen und Beschäftigte. Das Geld, das wir jetzt mobilisieren, muss unsere Wirtschaftsweise auf klimaneutrale Technologien und digitale Innovation umbauen. Nur so bleiben wir wettbewerbsfähig und nachhaltig erfolgreich.



## SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION ANPACKEN

Wir brauchen eine deutsche Offensive für Investitionen, Innovationen und Modernisierung. Ich plädiere für einen Investitionsfonds, der über zehn Jahre wirkt. Mit 500 Milliarden Euro soll der Klimaschutz vorangebracht, die Infrastrukturen der Zukunft geschaffen und Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden. Es bedarf in diesen Zeiten steuerlicher Hilfen für Unternehmen und gezielter Anreize für Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung. Meine Partei, die Grünen, fordern daher, staatliche Investitionen in den Klimaschutz – also in die Verkehrswende, die Gebäudesanierung und eine Wasserstoff-Infrastruktur – zu priorisieren. Wir brauchen außerdem massive Investitionen in die Digitalisierung von Bildung und die Sanierung von Schulen, mehr sozialen Wohnungsbau, eine Stärkung des Gesundheitssystems und den bundesweiten Ausbau von schnellem Breitbandinternet und flächendeckendem Mobilfunk. All diese Maßnahmen müssen mit Investitions- und Planungssicherheit realisiert werden. Die Grünen sind in der aktuel-



len Zeit ganz klar: Es kann öffentliche Gelder nur für Innovation und Klimaschutz geben. Über diesen grünen Zukunftspakt hinaus benötigen wir klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit auf allen Ebenen unseres Staates, um nachhaltigeres Leben und Wirtschaften dauerhaft zu ermöglichen: Von effektivem Klimaschutz vor Ort in den Kommunen über starke Klimaschutzgesetze auf Landesebene, für eine Energie- und Wärmewende auf Bundesebene bis hin zum European Green Deal: Wir brauchen als deutlichste Zwischenziele dieser Generationenaufgabe einen wirksamen Preis für CO<sub>2</sub> und bis zum Jahr 2030 100% Strom aus Sonne, Wind & Co. Dieser Transformationsanspruch schützt uns auch vor den unausweichlichen Folgen der Erderhitzung: Hitze, Dürre, Überschwemmungen, Flucht. Darüber hinaus muss jetzt in die Anpassung an die Folgen der Erderhitzung investiert werden, indem wir unsere Dörfer, Kommunen und Städte klimafest und klimagerecht gestalten. Letztendlich ist Klimaschutz gelebte Generationengerechtigkeit. Vielleicht kennen Sie das handgemalte Plakat von den Grünen, entstanden zur Bundestagswahl 1983, auf dem steht „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ (siehe Abbildung 1). Dieses Verantwortungsbewusstsein treibt die grüne Partei und mich persönlich bis heute an. Es bringt nichts, auf andere zu

warten oder auf andere zu zeigen. Wir dürfen die nachfolgenden Generationen aus dem Bewusstsein über die Größe und Dringlichkeit der Klimakrise nicht vor unumkehrbare Tatsachen stellen. Es geht um unsere Zukunft und die unserer Kinder und Enkelkinder. Dieses langfristige Verantwortungsbewusstsein muss zur Grundlage politischer Entscheidungen werden – wissenschaftlich untermauert und mit wirksamen Rahmenbedingungen für nachhaltiges Leben und Wirtschaften – auch während Corona, denn wir müssen jede Krise bekämpfen.

## GEMEINSAM MACHEN, NICHT MECKERN

Die Corona-Pandemie hat Spuren hinterlassen und wird uns noch lange begleiten. Wir lernen gerade, mit dem Virus zu leben. Ich bin überzeugt, dass wir das in Deutschland mit transparentem Krisenmanagement, konsequenten Aktionsplänen und faktenbasierten Entscheidungen schaffen werden. Wir müssen weiterhin solidarisch sein, global denken, und diejenigen Menschen stärker in den Blick nehmen, die bisher nicht im Fokus standen oder keine Kraft hatten laut zu sein. All das definiert auch unseren Umgang mit der Klimakrise: orientiert an den harten Fakten und unseren verbindlichen Klimazielen, gemeinsam und demokratisch die Auswirkungen für nachfolgenden Generationen fest im Blick. Das Gute bei all den Herausforderungen unserer Zeit: Es gibt vielversprechende Lösungen und Ideen und viele, die anpacken!

### Katharina Schulze

ist das Gesicht der bayerischen Grünen und seit 2017 deren Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag. Im grünen Parteirat vertritt sie die bayerischen Grünen auf Bundesebene. Bei der letzten Landtagswahl hat sie als Spitzenkandidatin die Grünen mit 17,6% der Stimmen zur zweitstärksten Kraft geführt und vermittelt als grüne Oppositionsführerin, dass Freiheitsliebe und Verantwortungsbewusstsein wunderbar zusammenpassen.



Illustrationen: Adobe Stock/Andrey

## INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

# WIE VERÄNDERT DIE CORONA-KRISE DAS VERHÄLTNISS ZU RUSSLAND?



Von Ronald Pofalla

**D**as Coronavirus hält die Welt in Atem. Das Leben der Menschen hat sich überall auf der Erde grundlegend verändert. Erst allmählich gehen wir die ersten Schritte in Richtung einer Normalität, von der wir nicht wissen, wie sie aussehen wird.

Weltweit sehen sich Staaten und Gesellschaften vor riesige Herausforderungen gestellt. Die sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen der Corona-Krise können wir heute längst noch nicht ermessen. So viel aber ist sicher: Die Folgen der Krise werden uns über Jahre beschäftigen. Die Pandemie gehört wie der 11. September 2001 und die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 zu den globalen, einschneidenden Ereignissen des 21. Jahrhunderts – und sie scheint unseren Gesellschaften und Volkswirtschaften sogar noch mehr zu schaden.

Sicher ist auch: Die Pandemie wird sich auch auf die internationalen Beziehungen auswirken. Noch kann keiner sagen, wie diese letztlich aussehen werden, wie sehr sich die Welt wandeln wird. Vieles muss derzeit Spekulation bleiben.

Die Aussage „Nach der Corona-Krise wird nichts mehr so sein wie es war“ ist der Satz, den wir derzeit wohl am häufigsten hören. Für die internationalen Beziehungen trifft er meines Erachtens in dieser Eindeutigkeit nicht zu. In der Nach-Corona-Welt werden diese nicht von Grund auf verändert sein. Sehr vieles wird weiterhin von den Hauptakteuren – vor allem den beiden Großmächten USA und China – abhängen.

## BRINGT UNS DIE KRISE EINANDER NÄHER?

Ebenso wenig wird auf unserem Kontinent nach Corona alles anders sein als vor Corona. Das gilt auch für unser Verhältnis zu Russland. Dennoch: Es ist wichtig, dass wir gerade angesichts der herrschenden Spannungen mit dem östlichen Nachbarn darüber nachdenken, wie sich die Pandemie auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland auswirkt. Bringt sie uns einander wieder näher oder entfernen wir uns voneinander?

Deutsche und Russen wissen, was schwere Zeiten sind. Durch ihre Geschichte sind sie wie nur wenige Völker auf der Welt miteinander verwoben. In diesem Jahr rufen uns die historischen Jahrestage dieses besondere Verhältnis nachdrücklich in Erinnerung: 75 Jahre Kriegsende und Potsdamer Abkommen, 65 Jahre Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR, 30 Jahre Deutsche Einheit,

Zwei-plus-Vier-Vertrag, Vertrag über den Abzug der sowjetischen Truppen und deutsch-sowjetischer Partnerschaftsvertrag.

Am 8. Mai 1945 wurde mit der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation durch die Wehrmacht das Ende des Zweiten Weltkriegs besiegelt. Damit war ein von Nazi-Deutschland entfesselter Krieg vorüber, der unsägliches Leid über die Menschen in weiten Teilen der Welt brachte. Die Völker der Sowjetunion, vor allem Russen, Ukrainer und Belarussen, haben mit vielen Millionen Opfern die Hauptlast dieses Krieges getragen.

Der Tag der Erinnerung und des Gedenkens an das Kriegsende ist für mich auf immer mit meinem Vater verbunden. Er musste als Jugendlicher mit 17 Jahren in den Krieg und geriet später in russische Kriegsgefangenschaft. Mein Vater und ich sprechen bis heute über den Krieg und über das besondere Verhältnis, das Deutsche und Russen verbindet. Schon in meiner Jugend gab er mir auf den Weg: „Nie wieder Krieg. Nie wieder Krieg mit Russland!“ Diese Worte sehe ich als sein Vermächtnis. Diese Worte haben mich geprägt und sie bewegen mich bis heute.

**E**in gemeinsames Gedenken der Europäer an das Ende des Zweiten Weltkrieges wurde schon zum 70. Jahrestag durch die Ukraine-Krise und die Spannungen zwischen Russland und dem Westen verhindert. Die politische Situation hat sich auch fünf Jahre später nicht beruhigt. Zusätzlich war das Gedenken in diesem Jahr von der Corona-Krise überschattet, die größere Gedenkfeiern – mit einigen Ausnahmen wie der nachträglich abgehaltenen Militärparade in Moskau – nicht zuließ. Dabei ist die Erinnerung an diesen Tag heute wichtiger denn je, in einer Zeit, in der im Osten der Ukraine die Waffen noch immer nicht schweigen, in der in Europa kein Frieden herrscht.

Das Verhältnis zu Russland bleibt für die Europäische Union und auch für Deutschland schwierig. Wir können nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim nicht einfach wieder zur Tagesordnung übergehen. Wir können nicht darüber hinwegsehen, dass Russland den Konflikt in der Ost-Ukraine, in dem bis heute unaufhörlich Menschen sterben, mit

militärischen Mitteln unterstützt. Die gegen Russland verhängten Sanktionen bleiben nach wie vor richtig. Der russische Präsident könnte viel mehr für eine Waffenruhe tun und dem Westen signalisieren, dass sein Land an einer Verbesserung der Beziehungen interessiert ist.

## NORMANDIE-FORMAT ALS HOFFNUNG

Es steht zu hoffen, dass die Gespräche im Normandie-Format, die zuletzt auf der Ebene der Außenminister Deutschlands, der Ukraine, Russlands und Frankreichs im April stattgefunden haben, weitere Fortschritte bringen werden. 2019 und 2020 gab es den Austausch von Gefangenen zwischen der Ukraine und den prorussischen Separatisten. Anfang Juni erst hat der ukrainische Außenminister Dmitro Kuleba auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas in Berlin eine Fortsetzung der Gespräche angekündigt.

Wir feiern am 3. Oktober dieses Jahres 30 Jahre Deutsche Einheit. Dieses Jubiläum ruft uns auch in Erinnerung, wie sich die einstigen Gegner annäherten. Es ist ein Datum, das zuversichtlich stimmt: Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem verbrecherischen Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion sind unsere Völker in eine bessere Zeit aufgebrochen. Deutsche und Russen schrieben ein neues, erfreulicherer Kapitel gemeinsamer Geschichte, welches für unser Volk mit der Zustimmung des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow zur Deutschen Einheit ein überaus glückliches Ende nahm.

Der Wille, enger zusammenzurücken, eint Deutsche und Russen. Ich spreche aus Erfahrung. Seit über 40 Jahren habe ich mit Russland und mit Russen zu tun – privat, in der Politik und heute als Co-Vorsitzender des zivilgesellschaftlichen Gesprächsforums Petersburger Dialog. In all diesen Jahren ist meine Überzeugung, dass es auf beiden Seiten ein tief empfundenes Bedürfnis gibt, ein gutes Verhältnis miteinander zu pflegen, noch gewachsen.



**G**erade in schwierigen Zeiten darf der Gesprächsfaden nicht abreißen. Deutschland und Russland müssen den Dialog aufrechterhalten. Ich möchte mir nicht vorstellen, wie die Situation wäre, wenn zwischen uns die große Sprachlosigkeit herrschen würde. Daher bleibt richtig: Deutsche und Russen müssen respektvoll miteinander umgehen und um Verständnis füreinander bemüht bleiben. Dazu gehört auch, strittige Themen offen anzusprechen, kontroverse Meinungen auszutauschen und Kritik zu äußern.

Aktuell blicken wir mit Sorge auf die Verfassungsreform, die es dem russischen Präsidenten ermöglicht, 2024 für zwei weitere Amtszeiten zu kandidieren. Wladimir Putin könnte damit bis 2036 an der Macht bleiben. Bei der Volksabstimmung am

1. Juli hat eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für die Verfassungsänderungen gestimmt. Allerdings berichteten Beobachter von Unregelmäßigkeiten. Notwendig war die Abstimmung nicht, denn die Reform wurde bereits vom Parlament verabschiedet. Das Votum dient lediglich als demokratisches Feigenblatt. Es soll bestätigen: Das Volk steht hinter seinem Präsidenten. Mit der Reform verankert Putin seinen autoritären Kurs der vergangenen Jahre in der Verfassung. Für die russische Zivilgesellschaft ist das ein gewaltiger Rückschlag. Natürlich dürfen wir und werden wir auch hierzu nicht schweigen.

Unsere Gesellschaften, auch diese Erfahrung mache ich, sind einander oft viel näher als die Politik. Wir sehen das im Miteinander der Bürgerinnen und Bürger in den zahlreichen deutsch-russischen Städtepartnerschaften und kommunalen Verbindungen, im Jugendaustausch oder in der Kooperation zwischen Schulen und Universitäten.





## **HIER WIE DA: MENSCHEN HELFEN EINANDER**

Wir haben eine Affinität unserer Gesellschaften zuletzt auch in der Corona-Krise sehen können. Russland ist in der Krise einen ganz ähnlichen Weg wie Deutschland gegangen. Die Menschen haben vielleicht noch stärker unter den Kontaktbeschränkungen gelitten. Doch konnte sich die Politik auch dort auf die Bereitschaft weiter Teile der Bevölkerung stützen, Verantwortung und Solidarität gegenüber den besonders Gefährdeten, den Älteren und Schwächeren, zu zeigen. In unseren beiden Ländern erleben wir viel freiwilliges Engagement in zahllosen Helfer-Initiativen.

Die Nähe unserer Gesellschaften ist auch die Frucht eines beständigen gegenseitigen Meinungs- und Gedankenaustausches, wie wir ihn im Petersburger Dialog seit fast zwei Jahrzehnten pflegen. Für mich ist es eine Ehre, diesem Gesprächsforum seit 2015 auf deutscher Seite vorstehen zu dürfen und die Diskussion und Kooperation zwischen den Gesellschaften unserer Länder mitzugestalten.

**D**er 2001 ins Leben gerufene Petersburger Dialog führt über das ganze Jahr zivilgesellschaftliche Vertreter und Fachleute aus beiden Ländern zusammen. In Arbeitsgruppen, die thematisch die wichtigsten Bereiche unserer Gesellschaften abbilden, – Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Bildung und Wissenschaft, Kultur, Medien, Kirchen, Gesundheit, Ökologische Modernisierung – und in einer Zukunftswerkstatt diskutieren deutsche und russische Experten engagiert und konstruktiv. Neue Kooperationsfelder werden erschlossen und gemeinsame Projekte und Initiativen angestoßen. Zu den bedeutsamsten gehört die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch, die seit 2006 aktiv ist.

Die Hauptveranstaltung des Petersburger Dialogs mit bis zu mehr als 300 hochrangigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern findet einmal im Jahr statt. Zuletzt waren wir im Juli 2019 mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen zu Gast in Königswinter, wo wir beide Außenminister, Heiko Maas und Sergei Lawrow, begrüßen durften. Die diesjährige Hauptveranstaltung mussten wir aufgrund der Coronavirus-Pandemie auf 2021 verschieben.



Aktuell tauschen sich unsere Arbeitsgruppen in gemeinsamen Videokonferenzen aus. Im Mittelpunkt der Beratungen steht, wie derzeit in so vielen Bereichen unseres Lebens, die Corona-Krise mit all den Herausforderungen und Aufgaben, vor die sie unsere Gesellschaften stellt.

**E**in Anliegen des Petersburger Dialogs liegt mir besonders am Herzen: die Visafreiheit für jüngere Menschen, über die seit Jahren gesprochen wird. Wir brauchen mehr Begegnung und Verständigung zwischen jungen Deutschen und Russen. Mit einer Erleichterung des Visaregimes können wir das erreichen und damit eine große Chance für unsere Länder auf tun. Die Jungen sind die Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen. Wer wenn nicht ihre Generation, sollte mit Unvoreingenommenheit und frischem Blick aufeinander die Wiederannäherung vorantreiben und ausgestalten!



## LÖSUNGEN FINDEN WIR NUR GEMEINSAM

Keine Frage: Unsere Debatte mit den russischen Kollegen ist nicht immer einfach. Zum Beispiel sind wir nicht bereit zu akzeptieren, dass in Russland die Zivilgesellschaft in vielen Bereichen unterdrückt und die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen weiter eingeschränkt wird. Die russische Seite hat sich in den vergangenen Jahren zwar immer wieder auch ein wenig bewegt, doch nach wie vor gibt es die immer länger werdende schwarze Liste der sogenannten „unerwünschten Organisationen“ und viele Verbote, mit denen wir nicht einverstanden sind. Wir äußern unsere Kritik dazu deutlich.

Auch wenn wir die Ansichten der anderen Seite nicht immer teilen und auch wenn es an „Baustellen“ nicht mangelt: Unsere Gespräche sind ein Stück Stabilität in den deutsch-russischen Beziehungen, aber auch in der Welt. Denn zur Wahrheit gehört, dass viele der Probleme, vor denen wir heute stehen, von Klimawandel und Migration bis zu internationalem Terrorismus und Gesundheitsschutz nur multilateral gelöst werden können. Das betrifft auch den Kampf gegen die Lungenkrankheit COVID-19.

Die Corona-Pandemie ruft eine Lehre wach, die unsere Völker in ihrer wechselvollen Geschichte verinnerlicht haben: Sie zeigt uns wie notwendig es ist, noch mehr miteinander zu reden und sich noch intensiver auszutauschen. Ich hege die Hoffnung, dass Deutsche und Russen mit dieser Krise am Ende ein Stück enger zusammenrücken.

### Ronald Pofalla

war von 1990 bis 2014 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 2009 bis 2013 war er Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben. 2015 wechselte er zur Deutschen Bahn und ist seit 2015 im Vorstand, seit 2017 zuständig für Infrastruktur. Pofalla hat den Vorsitz des Petersburger Dialogs auf deutscher Seite und des Kuratoriums der BAPP inne.



## DIE EU IN DER KRISE

# RAUFT EUCH ZUSAMMEN!



*Interview mit Elmar Brok*

**Lieber Herr Brok, eine Pandemie schert sich nicht um nationale Grenzen – das liegt bereits in der Begriffsbedeutung. Dennoch schien die Europäische Union im Angesicht der neuen Krise wieder in Kleinstaaterei zu zerfallen: Nationale Egoismen zeigten sich in Streitigkeiten über ein wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm bis hin zu Exportstopps für Schutzkleidung und Medikamente. Steht es tatsächlich so schlecht um den europäischen Geist?**

**ELMAR BROK (E. B.):** Die Pandemie traf alle Mitgliedsstaaten und die EU-Kommission unvorbereitet. Daraus entstanden dann am Anfang Panikreflexe, dass jeder seine eigene Haut retten wollte. Im Übrigen hatten 2002 im EU-Verfassungskonvent die meisten Mitgliedsstaaten meinem für die EVP eingereichten Antrag, der EU im Falle von Pandemien besondere Möglichkeiten einzuräumen, nicht zugestimmt, weil das Gesundheitssystem ja national sei. Das soll jetzt korrigiert werden.

Auch hatten die Mitgliedsstaaten das EU-Angebot vom Dezember 2019, gemeinsam Schutzausrüstungen zu beschaffen, bis Ende Februar ignoriert.

Auf jeden Fall war die deutsche, allerdings nur kurzzeitig geltende Entscheidung zum Lieferstopp von Schutzausrüstungen – auch an EU-Staaten wie insbesondere Italien – rechtlich falsch und politisch wie psychologisch verheerend. Auf vielerlei Weise – etwa durch die Aufnahme schwerer Coronafälle vor allem aus Italien und Frankreich, wurde versucht, das in Ordnung zu bringen.

Wir haben in unserem Land immer noch nicht vollständig verstanden, dass in dieser Welt nationale Grenzen keinen Schutz mehr darstellen und nationale Lösungen allein oft nicht mehr helfen – nicht nur bei Pandemien. Der öffentliche Diskurs verläuft anders, damit auch die Bewertung der Politiker. Die wiederum meinen, das bedienen zu müssen. Nur einige wenige wie Angela Merkel sind dann letztlich dazu bereit und in der Lage, durch praktisches Handeln diesen Circulus zu durchbrechen.

**Im längsten EU-Sondergipfel der Geschichte wurde Ende Juli nach langem Ringen ein europäischer Wiederaufbaufonds in Höhe von 750 Milliarden Euro (390 Milliarden Euro als Zuschüsse und 360 Milliarden Euro als Kredite) beschlossen. Markiert der Kompromiss das lang ersehnte Zeichen europäischer Solidarität?**

**E. B.:** Dieser Fonds wie auch die vorherigen Entscheidungen, etwa Beihilferegeln auszusetzen und kurzfristige EU-Corona-Kredithilfen von insgesamt 540 Mrd. für Kurzarbeitsprogramme, Garantien für Unternehmerkredite (EIB) und für durch Corona überforderte Staaten (ESM) zu leisten, sind Ausdruck von Solidarität. Vor allem zeigt sich hieran auch eine beginnende Erkenntnis, dass dies aus Eigeninteresse geschieht. Es gibt in einer digitalen Zukunft keinen alleinigen deutschen Exit aus der Coronakrise ohne Sicherung der Liefer- und Wertschöpfungsketten und ohne Sicherung und Ausbau des EU-Binnenmarktes, auf dem Deutschland 65% seines Exports absetzt.

Außerdem ist es begrüßenswert, dass Rechtsstaatsstreitfälle im Ministerrat geklärt werden sollen und eine Zweidrittelmehrheit benötigen: Die Erfahrung zeigt, dass die EU nur dort voll funktioniert, wo das Mehrheitsprinzip im Rat gilt und auch genutzt wird. Auf jeden Fall ist es falsch, zu viel in den Europäischen Rat, der immer einstimmig entscheiden muss, zu verlagern. Die geplante EU-Zukunftskonferenz muss all das stark thematisieren. Auch das Potenzial des Vertrages von Lissabon muss vollständig heben, wenn die 27er Union sich in Zukunft im Wettstreit zwischen USA und China behaupten soll.

*Die Pandemie wurde stellenweise als Argument genutzt, Demokratie und Rechtssystem zu untergraben. Was halten Sie von dem Beschluss der Kommission, Auszahlungen in Zukunft an die Bedingung eines funktionierenden Rechtsstaats zu knüpfen?*

**E. B.:** Autokraten suchen stets nach Wegen zum Machtausbau. Ungarn geht einen gefährlichen Weg, wenn die Regierung die Notstandsmaßnahmen auch „vorläufig“ außer Kraft gesetzt hat. Viele Länder – wie auch Deutschland – haben gezeigt, dass die parlamentarische Demokratie und der Rechtsstaat nicht ausgesetzt werden müssen, um eine solche Pandemie erfolgreich in Schach zu halten. Die Egomaneen Bolsonaro, Trump und Johnson, der nun wenigstens die Pandemie verstanden hat, haben ihren Ländern viel Unheil gebracht. Die Geheimhaltungspsychosen von Regimen vor allem in Peking werden auch in solchen Fragen brandgefährlich, wie wir beim Ausbruch der Pandemie erleben konnten. Ich halte die Durchsetzung und Anwendung von Instrumenten für die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit in der EU für dringend. Die Kommission muss nun einen Vorschlag unterbreiten, der den Stopp der Auszahlungen an den Rat mit qualifizierter Mehrheit im Ministerrat möglich macht. Das Coronapaket, der mehrjährige Haushaltsrahmen, der jährliche Haushalt und die zur Finanzierung notwendigen neuen Gemeinschaftssteuern wie Plastik- und Digitalsteuern bedürfen der Einstimmigkeit. Das ist wie eine Quadratur des Kreises.





© Adobe Stock/M. Röde-Foto

**Ende 2019 hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den European Green Deal als Kernprojekt vorgestellt. Wird die Finanzierung des Klimaschutzprogramms nun durch die Corona-Krise bedroht?**

**E. B.:** Der Europäische Wiederaufbaufonds darf nicht zum Schließen von nationalen Haushaltslöchern genutzt werden, sondern muss die Widerstandsfähigkeit der Gesundheitssysteme und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft stärken. Dazu gehören unter anderem Forschung, Innovation, digitale Infrastrukturen und Wasserstofftechnik. Insbesondere auch wettbewerbsfähige Strukturen und Produkte, die zur Klimaneutralität beitragen. Wiederaufbau ergibt nur Sinn, wenn der Blick nach vorne gerichtet wird. Das wird jetzt Vorrang haben müssen vor mancher Umweltregulierung – im zeitlichen Ablauf. Die egoistischen Vier mit Rütte und Kurz an der Spitze haben für ihre Rabatte gekämpft und eine Kürzung der Haushaltsansätze für Innovationen, Digitales und Klima durchgesetzt. Merkel und Macron haben in der Krise an das Ganze gedacht, die Vier nur an kurzfristige Wirkungen zuhause. Das Europäische Parlament wird das hoffentlich noch ein wenig richten können.

**Aufgrund der Corona-Pandemie erlebt das globale Machtgefüge neue Verschiebungen: Die USA disqualifizieren sich als Krisenmanager, China inszeniert Propagandaoffensiven. Welche Rolle nimmt Europa in dieser verschobenen Weltgemeinschaft ein?**

**E. B.:** Die US-Regierung, mit ihrer Ablehnung eines regelbasierten Multilateralismus und ihrer Verweigerung einer gemeinsamen westlichen Strategie, hilft der Ausdehnung der aggressiven chinesischen Politik, die eine einheitliche Strategie der Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Handelspolitik entwickelt hat. Durch ihre Handelspolitik ist die EU auf dem Wege, mit einem Netzwerk von Handels-

verträgen zur Rettung des Multilateralismus eine G3 zur Interessenwahrung gegenüber der G2 USA und China aufzubauen. Die ist die größte Handelsmacht der Welt, weswegen sehr viele Länder, vor allem im pazifischen Raum und in Lateinamerika, ihre Hoffnung darauf setzten, dass die EU auch politische Führung daraus erwachsen lässt. Das Ziel muss ein Stück strategische Autonomie Europas sein. Aber die USA sind im Gegensatz zu China und Russland trotz allem noch ein demokratischer Rechtsstaat, um den wir wieder bewusster werben sollten.

**Was sagen Sie zu der Lage in Belarus?**

**E. B.:** Lukaschenko unterdrückt sein Volk, das Freiheit will. Putin, der Konkurrenten auch mit Gift verfolgen lässt, hat – wie bei der Ukraine – Angst vor Demokratie in der Nachbarschaft, weil er sich vor dem Beispiel für sein Land fürchtet. Zielgerichtete Sanktionen und das Ende des Nordstream-Projekts müssen von der EU und Deutschland angegangen werden.

**Die Krisen der letzten Jahre haben die EU nachhaltig geprägt: Auf die Finanzkrise folgte eine Nord-Süd-Spaltung, auf die Flüchtlingskrise eine Intensivierung der nationalen Egoismen. Wenn Krisenzeiten die Weichen für die Zukunft stellen – wie wird die europäische Gemeinschaft aus der Pandemie hervorgehen?**

**E. B.:** Aus der Finanzkrise ist die EU letztlich gestärkt hervorgegangen. Der Zwang der Fakten wird auch in der Pandemie dazu führen. Die Flüchtlingskrise ist aber auch ein Hinweis darauf, dass auch wir Deutschen die Befindlichkeiten und Interessen anderer Länder, die aus der Geschichte sowie der unterschiedlichen Größe und Wirtschaftskraft entstehen, in unserem Urteil berücksichtigen müssen.

**Elmar Brok**

war von 1980 bis 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments, zuletzt als dessen am längsten amtierendes Mitglied. Von 1999 bis 2007 sowie von 2012 bis 2017 war er Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten. Brok war darüber hinaus von 2013 bis 2018 Präsident der Union der Europäischen Föderalisten.



## VERSCHWÖRUNGSERZÄHLUNGEN IN DER PANDEMIE

# GEFÄHRLICHER IRRGLAUBE



Von Pia Lamberty

Gesellschaftliche Krisenzeiten besitzen allgemein das Potential, einen Nährboden für die Verbreitung von Verschwörungserzählungen darzustellen. Menschen empfinden in Krisensituationen aversive Angst- und Ohnmachtsgefühle, die dazu führen, dass sie Umgangsstrategien entwickeln. In Situationen, in denen Menschen das Gefühl haben, die Kontrolle zu verlieren, neigen sie eher dazu, Verschwörungen zu wittern und auch dort Muster zu sehen, wo gar keine sind. In so einer Situation strukturiert die Verschwörungserzählung die Welt mit einem klaren Feindbild: „Die da oben“. Alles Negative wird auf einen vermeintlichen mächtigen Verschwörer projiziert, so erscheinen auch komplexe Phänomene verstehbarer. Verschwörungserzählungen ranken sich dabei nicht nur um politische Ereignisse, sondern vielfach auch um Krankheiten: Viren sind unsichtbar, der Verschwörer hingegen wirkt fassbar.<sup>1</sup>

## VERSCHWÖRUNGSERZÄHLUNGEN ZU GESUNDHEIT UND KRANKHEIT

In den Jahren 2015/2016 kam es insbesondere in Lateinamerika zu einer größeren Erkrankungswelle aufgrund von Infektionen mit dem Zika-Virus. In den USA wurde eine Studie durchgeführt, die sich mit der Verbreitung von Verschwörungserzählungen zu dem Thema befasste. Die Wissenschaftler kamen zu dem Schluss, dass etwa jeder fünfte Amerikaner an mindestens eine Zika-bezogene Verschwörungserzählung glaubte. Am weitesten verbreitet war die Annahme, dass das Virus durch genetisch veränderte Moskitos verursacht wurde.<sup>2</sup>

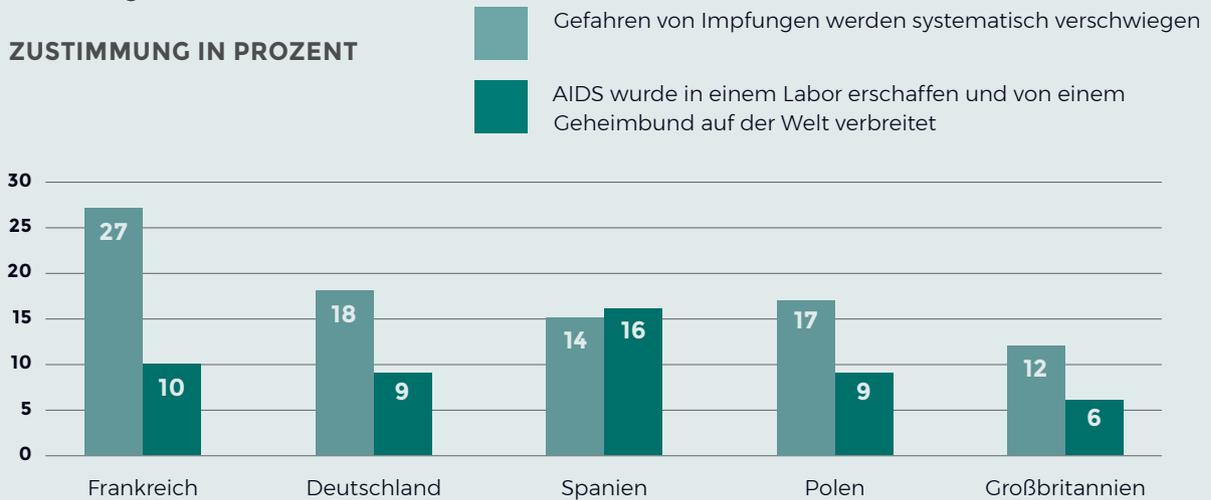
Verschwörungserzählungen über HIV finden sich auch heute noch weltweit: Eine große YouGov-Umfrage aus dem Jahr 2019 ergab beispielsweise, dass 16% der Befragten in Spanien glaubten, dass HIV absichtlich von einer geheimen Gruppe oder Organisation geschaffen und auf der ganzen Welt verbreitet wurde (siehe Abbildung 1). Die Mythen über die Autoimmunerkrankung wurden aber nicht nur individuell verbreitet, sondern auch mit Absicht staatlich gelenkt. In den 1980er Jahren streute beispielsweise der russische Auslandsgeheimdienst KGB im Rahmen

1 Van Prooijen, J. W., & Douglas, K. M. (2017). Conspiracy theories as part of history: The role of societal crisis situations. *Memory studies*, 10(3), 323-333.

2 Kloststad, C. A., Uscinski, J. E., Connolly, J. M., & West, J. P. (2019). What drives people to believe in Zika conspiracy theories? *Palgrave Communications*, 5(1), 1-8.

**Abbildung 1**

**ZUSTIMMUNG IN PROZENT**



der Desinformationskampagne „Operation Infektion“, dass das HI-Virus angeblich vom US-Militär entwickelt worden und damit eine Biowaffenoperation sei.<sup>3</sup> Ziel der Kampagne war es damals, den politischen Feind zu delegitimieren. Die Konsequenzen dieser Desinformationskampagne sind noch bis heute zu spüren.<sup>4</sup>

**A**uch Impfungen sind oft Gegenstand von Verschwörungserzählungen. Diese Verquickung blickt dabei auf eine lange Historie in Deutschland zurück. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts wurden von NS-Vordenkern antisemitische Verschwörungserzählungen über Impfungen verbreitet. Noch 2019 glaubten in Deutschland 18% an eine Impfverschörung.<sup>5</sup> In einer psychologischen Untersuchung konnte gezeigt werden, dass die Verschwörungsmentalität, also die generelle Tendenz, an Verschwörungen zu glauben, mit einer Ablehnung von Impfungen einhergeht.<sup>6</sup> Andere Studien kamen darüber hinaus zu dem Schluss, dass bereits eine einmalige Konfrontation mit Impfverschörungen die Bereitschaft, sich impfen zu lassen, signifikant reduziert.<sup>7</sup>

**DER VERSCHWÖRUNGSGLAUBE WIRKT SICH DARAUF AUS, WIE MENSCHEN SICH IN DER PANDEMIE VERHALTEN**

Auch im Kontext der aktuellen COVID-19-Pandemie finden sich unterschiedliche Verschwörungserzählungen. Teilweise geht es darum, dass die Gefahr der Viruserkrankung mit Absicht übertrieben würde, um beispielsweise das Bargeld abzuschaffen und ein Goldsystem einzuführen. Andere wiederum sehen COVID-19 als Biowaffe mit dem angeblichen Ziel, die Bevölkerung zu reduzieren. Für Deutschland konnten verschiedene Studien zeigen, dass der Anteil derer, die an Verschwörungserzählungen über die Pandemie glauben, bei circa einem Viertel liegt. Laut einer Umfrage von dem Marktforschungsinstitut Appinio glaubten im Juni 2020 29% der Befragten, dass vermeintliche „geheime Mächte“ für die Pandemie verantwortlich seien.<sup>8</sup>

3 <https://www.spiegel.de/geschichte/ddr-verschwoerung-aids-aus-dem-labor-a-947607.html>.  
 4 Douglas Selvae und Christopher Nehring: Die AIDS-Verschörung. Das Ministerium für Staatssicherheit und die AIDS-Desinformationskampagne des KGB (BF informiert, 33/2014).  
 5 Nocun, K. & Lamberty, P. (2020). Fake Facts: Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen. Quadriga.  
 6 Lamberty, P., & Imhoff, R. (2018). Powerful Pharma and Its Marginalized Alternatives?. Social Psychology.  
 7 Jolley, D., & Douglas, K. M. (2014). The effects of anti-vaccine conspiracy theories on vaccination intentions. PloS one, 9(2), e89177.  
 8 [https://www.wuv.de/marketing/deutsche\\_fordern\\_haltung\\_gegen\\_verschwoerer](https://www.wuv.de/marketing/deutsche_fordern_haltung_gegen_verschwoerer).

Die Ergebnisse des COVID-19 Snapshot Monitoring von Ende Mai zeigten, dass 17% der Befragten glauben, Corona sei menschengemacht („Corona wurde absichtlich in die Welt gebracht, um die Bevölkerungsanzahl zu reduzieren.“), während 17,7% Corona als Schwindel ansahen („Experten täuschen uns absichtlich und zu ihrem eigenen Vorteil, obwohl das Virus eigentlich nicht schlimmer ist als eine Grippe.“). 10% davon glaubten wiederum an beide Ideen.<sup>9</sup>

**D**iese Glaubenssätze bleiben nicht ohne Konsequenzen. Verschiedene Studien kommen zu dem Ergebnis, dass das Verschwörungsdenken auch mit relevanten Verhaltensweisen zur Eindämmung der Pandemie zusammenhängt. Die Überzeugung, dass die Pandemie ein Hoax sei, ging eher damit einher, dass Menschen weniger bereit waren, Infektionsschutzmaßnahmen zu folgen (wie beispielsweise Maskentragen oder Social Distancing). Wer glaubte, dass das Virus aus dem Labor

stammte, folgte eher egozentrischen Verhaltensweisen, vom sogenannten „Preppern“ bis hin zum gesteigerten Waffenkauf.<sup>10</sup> Darüber hinaus kann man davon ausgehen, dass Menschen mit ausgeprägter Verschwörungsmentalität den medizinischen Empfehlungen weniger folgen und eher alternative Heilansätze aufsuchen. Daher liest man immer wieder, dass beispielweise Wasser, Knoblauch, Alkohol, oder Sesamöl gegen das Virus helfen würden.<sup>11</sup> Verschiedene Stellen verbreiten sogar, dass Natriumchlorid oder MMS („Miracle Mineral Supplement“), wie es in manchen Kreisen genannt wird, gegen das Virus und andere Erkrankungen wie Aids, Hepatitis oder Krebs helfen würde. Bereits 2019 wurde von der US Food & Drug Administration sowie der Verbraucherzentrale vor den „gefährlichen und möglicherweise lebensbedrohlichen Nebenwirkungen von MMS“ gewarnt.<sup>12</sup> Mit solchen Ansätzen gefährden Menschen nicht nur potentiell sich selbst, sondern auch andere, wenn sie aufgrund von einem gesteigerten Misstrauen gegenüber Medizin und Gesund-



9 Betsch, C., Korn, L., Felgendreff, L., Eitze, S., Schmid, P., Sprengholz, P., Wieler, L., Schmich, P., Stollorz, V., Ramharter, M., Bosnjak, M., Omer, S. B., Thaiss, H., De Bock, F., Von Rügen, U., Ebert, C., Steinert, J., & Bruder, M. (2020). German COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO) - Welle 12 (19.05.2020). PsychArchives. <https://doi.org/10.23668/PSYCHARCHIVES.3023>.

10 Imhoff, R., & Lamberty, P. (2020). A bioweapon or a hoax? The link between distinct conspiracy beliefs about the Coronavirus disease (COVID-19) outbreak and pandemic behavior.

11 <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/coronavirus-zehn-heilmittel-die-garantiert-nicht-helfen-a-5b5937af-117b-4f7e-bcf8-1934e859f32a>.

12 <https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/lebensmittel/nahrungsergaenzungsmittel/miracle-mineral-supplement-mms-erhebliche-gesundheitsgefahr-11044>.



heitswesen den offiziellen Empfehlungen nicht mehr Folge leisten.

Soziale Medien spielen bei der Kommunikation in der Krise noch einmal eine besondere Rolle. Da sich das soziale Leben in den Hochphasen der Pandemie mehr oder weniger komplett ins Digitale verschoben hatte, wurden Plattformen wie Facebook, YouTube oder Messengerdienste wie WhatsApp und Telegram zur Hauptoption für das soziale Miteinander – und damit auch zum Motor von Verschwörungserzählungen. Viele Netzwerke versuchten, dem etwas entgegenzusetzen und verstärkt gegen Fake News vorzugehen. Vermutlich verlagerten sich deshalb viele Aktivitäten auf den Messengerdienst Telegram. Dieser war bereits vorher in die Kritik geraten, da über die Plattform auch die Terrorgruppe Islamischer Staat sowie rechtsextreme Gruppierungen aus den USA ihre Mitglieder mobilisierten und radikalisierten.<sup>13</sup>

## DER VERSCHWÖRUNGSGLAUBE BEFEUERT GEWALT UND RADIKALISIERUNG

Gefährlich sind Verschwörungserzählungen aber nicht nur, weil sie das Gesundheitsverhalten von Menschen beeinflussen und damit eine Eindämmung der Pandemie erschweren können. Verschwörungserzählungen wurden seit jeher auch politisch genutzt, um Feindbilder zu erschaffen und Hass zu säen. Es zeigt sich, dass der Glaube an Verschwörungen zum Radikalisierungsbeschleuniger werden kann. Mit „dem Verschwörer“ wird ein absolut Böses erschaffen, auch um sich selbst zum absolut Guten aufwerten zu können. Dadurch wird jegliche Kritik verunmöglicht und im letzten Schritt sogar Gewalt gerechtfertigt. Dieser Zusammenhang zeigt sich auch in empirischen Studien: Je stärker die Verschwörungsmotivität, desto gewaltbereiter ist eine

13 <https://www.europol.europa.eu/newsroom/news/europol-and-telegram-take-terrorist-propaganda-online>.

Person. Eine neue Studie zeigte diesen Zusammenhang beispielsweise speziell auch für 5G-Erzählungen auf.<sup>14</sup> Weltweit kam es während der Pandemie zu Brandstiftungen oder Übergriffen auf Mobilfunkmasten oder Telekommunikationsmechaniker.<sup>15</sup> Bereits zu Beginn der Pandemie äußerten Behörden in Europa und den USA die Sorge, „dass die Attacken Telekommunikationsverbindungen lahmlegen könnten, die gerade in dieser Krisenzeit lebenswichtig sein können“.<sup>16</sup>

Generell werden in diesem Weltbild all jene zum Feindbild, die als mächtig wahrgenommen werden: Das können Politiker oder Wissenschaftler genauso wie Gesundheitsinstitutionen sein. Auf den verschiedenen Protesten gegen die Maßnahmen sah man diese Feindbildkonstruktionen immer wieder. Auch die Agitatoren der Szene verstärkten den Hass gegenüber Bill Gates, Christian Drosten oder dem Robert-Koch-Institut.<sup>17</sup> Aber auch andere Gruppen gerieten immer mehr in den Fokus. Gerade Antisemitismus spielt im Verschwörungsglaube eine wichtige Rolle – das zeigte sich auch in der Pandemie. Häufig werden dann verschiedene Erzählungen zu einem antisemitischen Welterklärungsmodell verknüpft. Laut einer Umfrage der Universität Oxford glaubte beispielsweise jeder fünfte Brite, dass Juden „das Virus erschaffen [haben], um die Wirtschaft lahmzulegen und finanziellen Profit daraus zu ziehen“.<sup>18</sup>

**W**ohin diese Ideologie führen kann, hat das furchtbare Beispiel in Halle gezeigt, als 2019 ein Attentäter am höchsten jüdischen Feiertag mit dem Ziel vor eine Synagoge fuhr, so viele Juden wie möglich zu töten. Der Attentäter glaubte unter anderem an den sogenannten „Großen Austausch“, ein Narrativ, das auch von Teilen der AfD immer wieder verbreitet wird. Er sah Juden als verantwortlich für einen angeblichen Niedergang Deutschlands an. Auch andere Attentäter hatten diese Ideologie als Rechtfertigung für ihre Taten genutzt.<sup>19</sup> Spätestens hier zeigt sich, dass dieses Thema ernst genommen werden muss und nicht länger ignoriert werden darf.



#### Pia Lamberty

ist Sozialpsychologin und Doktorandin am Lehrstuhl Sozial- und Rechtspsychologie der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Gemeinsam mit Katharina Nocun veröffentlichte sie im Frühjahr 2020 das Buch „Fake Facts: Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen“ und schaffte es damit auf der SPIEGEL-Bestsellerliste.

14 Jolley, D., & Paterson, J. L. (2020). Pylons ablaze: Examining the role of 5G COVID-19 conspiracy beliefs and support for violence. *British journal of social psychology*.

15 <https://www.belltower.news/verschoerungstheorien-der-konstruierte-zusammenhang-zwischen-covid-19-und-5g-98587/>

16 <https://www.belltower.news/verschoerungstheorien-der-konstruierte-zusammenhang-zwischen-covid-19-und-5g-98587/17>  
Imhoff, R., & Bruder, M. (2014). Speaking (un-) truth to power: Conspiracy mentality as a generalised political attitude. *European Journal of Personality*, 28(1), 25-43.

18 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-verschoerungstheorien-antisemitismus-israel-100.html>.

19 Nocun, K., & Lamberty, P. (2020). Fake Facts: Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen. Quadriga.



## KRISENWAHRNEHMUNG IM WANDEL

# ...NICHT SCHLIMMER ALS EINE GRIPPE?



Von Dr. Markus Wehner

In der Debatte darüber, wie gefährlich das Coronavirus ist, wurden in den Monaten des Lockdowns immer wieder Vergleiche mit der Grippe angestellt. Gerade die Befürworter schneller Lockerungen vertraten die Ansicht, dass die gegenwärtige Pandemie nicht schlimmer sei als die Grippe. Gelegentlich wurde auch an die Spanische Grippe erinnert, der zwischen 1918 und 1920 weltweit zwischen 20 und 50 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Weithin vergessen sind aber zwei große spätere Grippepandemien, die Asiatische Grippe in den Jahren 1957 und 1958 und die Hongkong-Grippe 1968 bis 1970. In beiden Fällen starben jeweils ein bis zwei Millionen Menschen weltweit an diesen Pandemien, in Europa waren es hunderttausende, in Deutschland mehrere zehntausend Menschen. Wie war der Umgang der deutschen Gesellschaft, der Politik und der Medien mit diesen heute vergessenen Pandemien? Wie unterschied er sich vom heutigen Umgang mit der Krankheit COVID-19?

Um diese Fragen zu beantworten, lohnt sich ein Blick in die damalige Presse. So brachte die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 11. September 1957

einen Bericht unter der Überschrift: „Die Asiatische Grippe ist harmlos“. Zitiert wurden darin der Sprecher des Hygienischen Instituts der Frankfurter Stadt- und Universitätskliniken. Er stellte fest, dass diese Grippe so sanft verlaufe, das sich kein Arzt die Mühe mache, das Institut zu benachrichtigen oder etwa Blutproben zu entnehmen. Der Leiter des Frankfurter Gesundheitsamtes äußerte im selben Artikel, es handele sich bei den grassierenden Erkrankungen gar nicht um die Asiatische Grippe, sondern nur um „etwas heftigere Erkältungen“. Am darauffolgenden Tag vertraten in der Zeitung Ärzte die Meinung, dass es sich bei der Grippe, die sich gerade in vielen deutschen Städten ausbreite, keineswegs um eine Epidemie handele, sondern um eine durch das nasskalte Wetter bedingte „saisonbedingte Erscheinung“.

Nicht so recht passen wollte dazu ein Bericht, der drei Tage später auf einer der hinteren Seiten der F.A.Z. erschien. Im Ruhrgebiet seien 70.000 Bergarbeiter an der Grippe erkrankt – ein Umstand, der offenbar auf die Produktion durchschlug. In vielen Ruhrstädten sei zudem der Unterricht an Grundschulen und „höheren Lehranstalten“ abgesagt worden. In Essen seien 30.000 Schulkinder grippekrank, hieß es einige Tage später, in Hamburg zahlreiche Schulklassen wegen der Grippe geschlossen worden. Dennoch beharrten die offiziellen Verlautbarungen darauf, dass es sich keinesfalls um eine Epidemie



Es gab zwar einen Impfstoff gegen die Asiatische Grippe, dieser wurde jedoch nicht ausreichend produziert.

handele. Die Asiatische Grippe sei „nur wegen ihres geheimnisvollen Namens so gefürchtet“, hieß es etwa in Frankfurt. Auch das Bundesinnenministerium befand Ende September 1957, die Epidemie sei „teilweise in der Öffentlichkeit dramatisiert worden“. Dazu aber gebe es keinen Anlass. Dass Bundeskanzler Konrad Adenauer, mit 81 Jahren Teil einer Risikogruppe, wegen seiner Grippe zeitweise von seiner Residenz in Rhöndorf aus statt in Bonn regierte, spielte in den öffentlichen Verlautbarungen keine Rolle. Der SPD-Abgeordnete Hans-Jürgen Wischniewski, später Staatsminister im Auswärtigen Amt, nannte die Grippewelle im Bundestag ein „Naturereignis“.

**E**inzelne Meldungen, etwa darüber, dass in einigen Kreisen Hessens im Oktober 70% der Schulkinder und bis zu 30% der Bevölkerung erkrankt seien, passten allerdings nicht zu den offiziellen Beschwichtigungen. Auch wurde hier und da von dutzenden Todesfällen berichtet. Im selben Monat mussten in Frankfurt zwei Hilfskrankenhäuser in Schulen errichtet werden, weil die Kliniken die vielen Patienten nicht mehr aufnehmen konnten. Den Schulbehörden sei zudem „die Übersicht verloren gegangen, wie viele Schulkinder erkrankt sind“.

Ende Oktober waren die Orts- und die Betriebskrankenkassen zahlungsunfähig, damals wurden die Krankengelder noch in bar ausgezahlt. Da ein Viertel der Versicherten erkrankt war, überstiegen die Kosten die vorhandenen Geldsummen, selbst alle Reserven waren aufgebraucht. Doch bald schon verschwand die Grippe wieder aus der Berichterstattung.

Das ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, was man heute über diese Pandemie weiß: Die Asiatische Grippe, die aus einer Mutation eines menschlichen Grippe-Virus mit einem Vogelgrippe-Virus entstanden war, tötete in den Jahren 1957/58 wohl mindestens eine Million Menschen auf der Welt, in der Bundesrepublik 20 000 bis 30 000. Die Epidemie, die Anfang 1957 im Norden Chinas ausgebrochen war, hatte schon im Mai Europa erreicht und breitete sich schnell aus. Trotzdem vermied es die Politik in Deutschland, Alarm zu schlagen. Die Bundesregierung und die lokalen Behörden waren offensichtlich gewillt, jeden Anflug von Panik zu unterdrücken.

Der Optimismus, man werde mit den Infektionskrankheiten schon zu Rande kommen, war in den Zeiten des Wirtschaftswunders noch weitgehend ungebrochen. Angst und Furcht vor solchen Krankheiten galten als irrational oder gar als pathologisch. Noch etwas anderes kam wohl hinzu: Gerade mal zwölf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs herrschte eine andere Einstellung zum Tod als heute – und auch zu Krankheiten, die zum Tod führten. Dem Aufflammen von Tuberkulose, Typhus, Ruhr und Cholera fielen Ende der fünfziger Jahre in Deutschland immer noch Tausende zum Opfer. Und im Ver-

Kein Bericht in den Schlagzeilen: Die Pandemien 1957 und 1968 wurden medial kaum beachtet.





gleich zu dem, was das Land in den Jahren des Krieges und der frühen Nachkriegszeit durchgemacht hatte, war die Grippe für viele Zeitgenossen wie auch für die Presse nicht so bedeutend. Man empfand es als „normal“, dass man an solchen Krankheiten starb. Überhaupt stellten die Medien die offizielle Linie, die Epidemie klein zu reden, kaum in Frage. In den Tageszeitungen spielte die Berichterstattung sich ausschließlich auf den hinteren Seiten ab. Auch in den Publikumszeitschriften, ja selbst in den Fachzeitschriften der Ärzte spielte die Grippewelle kaum eine Rolle.

**E**in Jahrzehnt später kam es zur nächsten großen Grippepandemie, der Hongkong-Grippe von 1968/69. Auch sie kostete mindestens eine Million Menschen weltweit das Leben, manche Forscher gehen sogar von zwei Millionen aus. In der Bundesrepublik fielen ihr nach Schätzungen 40 000 Menschen zum Opfer – darauf deutet die „Übersterblichkeit“ dieser Jahre hin. Zum Jahreswechsel 1969/70 erreichte sie in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern wie etwa Frankreich, ihren Höhepunkt, wo ebenfalls 30 000 bis 35 000 Personen an der Grippe starben. In Deutschland suchten in diesem Winter immer mehr Menschen die Notaufnahme der Krankenhäuser auf, weil sie hohes Fieber hatten oder Blut husteten. Kranke wurden auf Notbetten gelegt oder in Badezimmern der Krankenhäuser untergebracht. Die häufigen Lungenentzündungen endeten oft tödlich. Das bayerische Innenministerium teilte kurz vor Weihnachten mit, 40% der Bevölkerung seien an der Grippe erkrankt. Der Schulbeginn nach den Weihnachtsferien wurde verschoben.

Wie in Frankfurt wurden auch international Schulen und Turnhallen in Hilfskrankenhäuser umfunktioniert, so wie hier 1957 in Schweden.

**I**n West-Berlin brach ein Notstand in den Krematorien aus, weil man dort aufgrund der vielen Toten nicht mehr mit den Feuerbestattungen nachkam. Zudem war der Boden so hart gefroren, dass Erdbestattungen kaum möglich waren. In den Kühlkammern der Krematorien lagen 800 Verstorbene, die längst eingäschert werden sollten, berichtete der Korrespondent der F.A.Z. am 7. Januar 1970. Zum Teil wurden die Särge mit den Toten in den Gewächshäusern von Gärtnereien gelagert. In den Berliner Krankenhäusern gab es keine freien Betten mehr. In vielen Städten fielen Straßenbahnen und Buslinien aus oder fuhren seltener, weil zu viele Fahrer erkrankt waren. Soldaten der Bundeswehr wurden eingesetzt, um Medikamente zu den leer gekauften Apotheken zu bringen, sofern solche überhaupt noch verfügbar waren. Doch Schulen oder Betriebe wurden erst geschlossen, wenn der größte Teil der Schüler oder Arbeiter erkrankt waren – präventive Maßnahmen wurden nicht ergriffen.

Die Berichterstattung war nun etwas ausführlicher als ein Jahrzehnt zuvor. Doch die Mechanismen, die es 1957 gegeben hatte, wirkten weiter. Wieder wurde die Grippe als vergleichsweise harmlos dargestellt. Als gefährdet wurden vor allem Ältere, Kinder und Schwangere bezeichnet. Tatsächlich traf es, wie nun bei COVID-19, vor allem die Älteren. Damals freilich war die Bevölkerung insgesamt noch sehr viel jünger als heute und die Lebenserwartung deutlich niedriger. Mitte der sechziger Jahre erreichten die Männer in der Bundesrepublik im Durchschnitt nicht einmal das gesetzliche Rentenalter von 65 Jahren. Hätte es eine ebenso alte Bevölkerung gegeben wie heute, wären wahrscheinlich in Deutschland doppelt so viele Menschen durch die Grippe-Pandemie ums Leben gekommen. Impfungen spielten noch keine Rolle. Zwar war ein Impfstoff schon entwickelt worden, doch stand er nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Die Bevölkerung zu impfen wurde auch als nicht als notwendig erachtet, obwohl die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schon eine entsprechende Empfehlung gegeben hatte.



In der öffentlichen Darstellung galt die Hongkong-Grippe zudem als etwas Fremdes. Man habe, wie schon ein Jahrzehnt zuvor, die Grippe-Epidemie als Krankheit eingestuft, die zu ihrer Ursprungsregion Asien gehöre, also ein asiatisches Problem sei, das mit Deutschland im Grunde nichts zu tun habe, sagt die Berliner Historikerin Bettina Hitzer, die sich mit der Geschichte moderner Krankheiten und des gesellschaftlichen Umgangs mit ihnen beschäftigt. Hatte man 1957 auch von der „gelben Grippe“ gesprochen, so wurde die Erkrankung in der politisch aufgeladenen Situation des Jahres 1968 in manchen Zeitungen auch als „Mao-Grippe“ bezeichnet. Die „Studentenrevolte“ war jedenfalls in den Medien weit präsenter als die vermeintlich harmlose Grippe. In der F.A.Z. brachte es die Hongkong-Grippe nur einmal bis auf Seite 3, mit einer kleinen Meldung am 17. Dezember 1969. Es ging um den Bundeskanzler, der im Bett bleiben müsse und an seinem Geburtstag am nächsten Tag wohl nicht an einem festlichen Abendessen teilnehmen könne. „Brandt hat Grippe“ lautete die Überschrift.

Für die Verharmlosung der Grippe-Epidemie durch die Politik, die aus heutiger Sicht geradezu fahrlässig anmutet, spielte allerdings auch medizinische Unkenntnis eine große Rolle. Wie Viren funktionieren, das war unter den damaligen Ärzten zum großen Teil noch unbekannt, viele glaubten, die Grippe sei bakteriell bedingt und ließe sich so bekämpfen. Auch die Erfassung der Krankheiten war schwierig. Auf eine Meldepflicht hatten Bund und Länder verzichtet, sodass es gar keinen Überblick über die Lage in Deutschland gab, von einer gezielten Reaktion auf die Ausbrüche und gar einer Überwachung des Infektionsgeschehens konnte nicht die Rede sein. Zwar versuchten das Innenministerium in Bonn und das Bundesgesundheitsamt Informationen zusammenzutragen, um zu erfahren, wie viele Todesfälle es gab und wie die Krankheit verlaufe. Doch Erfolg hatten die Bemühungen kaum.

Nach 1969 verschwand das Thema fast völlig aus den Medien. Und die Pandemien, die als solche gar nicht thematisiert worden waren, gerieten schnell in Vergessenheit. Erst Anfang dieses Jahrhunderts kam mit der SARS-Epidemie wieder ein Thema auf, das die Medien eine Weile „hypten“. Doch da es in Europa und Deutschland kaum Fälle gab, verschwand das Interesse wieder. Die Schweinegrippe von 2009

verlief so wenig dramatisch, dass sie nicht zu einer gesteigerten Aufmerksamkeit für die Gefahr von Pandemien führte. Die 50 Millionen Impfdosen, die in der Bundesrepublik bereitgestellt worden waren, wurden nicht gebraucht, weil die befürchtete Katastrophe nicht eintrat. Und die Ebola-Epidemie blieb 2014 bis 2016 auf Westafrika und zwei Jahre später auf Kongo und Uganda beschränkt, und war damit wiederum etwas, was in europäischen Augen nur Entwicklungsländer betraf oder jedenfalls weit weg war.

Erst Corona hat das geändert. Das tückische Virus, das gerade mit seinen Spätfolgen die Gefährlichkeit der Grippe übertrifft, traf auf eine moderne Welt: Sie ist geprägt von Hochtechnologie-Medizin und den Möglichkeiten, Daten und damit Wissen schnell global über das Internet zu verbreiten. Nicht zuletzt gibt es eine Öffentlichkeit, die in großen Teilen kritisch und gut informiert das Geschehen verfolgt, aber auch eine Gesellschaft, in der der Tod immer weniger als unausweichlich akzeptiert wird.



#### Dr. Markus Wehner

ist Journalist und Autor. Von Ende 2004 bis Mitte 2017 war er Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung in Berlin. Seitdem ist er Korrespondent der F.A.Z. in Berlin. Zusammen mit seinem Kollegen Eckart Lohse veröffentlichte er mehrere politische Bücher und wurde 2011 vom Medium Magazin als Journalist des Jahres ausgezeichnet.



In der schwedischen Stadt Örebro ist die Asiatische Grippe so weit verbreitet, dass die Lehrerin Barbro Ogenvall mit nur einem gesunden Schüler Unterricht macht.



©Sammy/Süddeutsche Zeitung Photo



Asiatische Grippe 1957:  
Alle fünf Kinder sind an der  
Influenza-Pandemie erkrankt  
und trinken heiße Zitrone.

©Rue des Archives/AGIP/Süddeutsche Zeitung Photo

## MEHRHEIT SIEHT CHANCEN FÜR WIRTSCHAFT UND TOURISMUS

# OLYMPIA AN RHEIN UND RUHR?

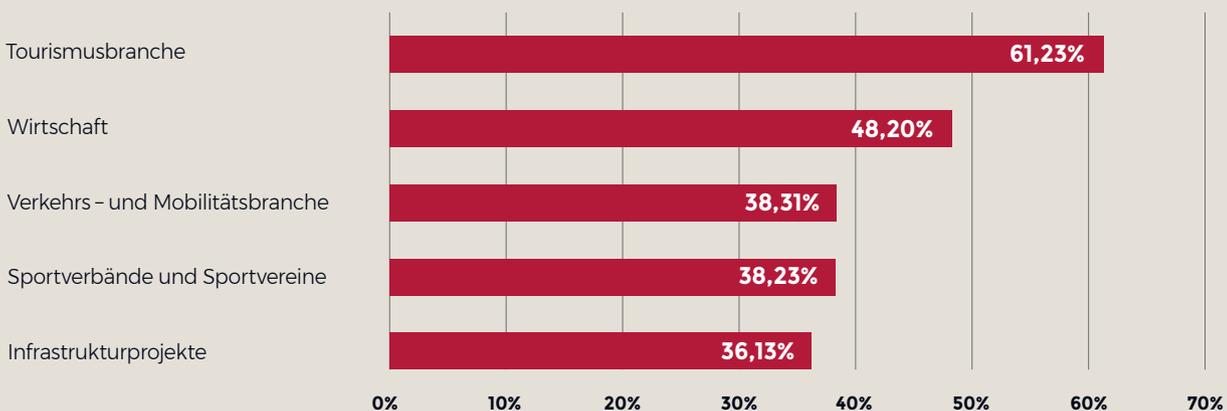
Von Tilman Bartsch und Katharina Menrath

Die Olympischen Spiele sind das Großereignis schlechthin: Sie bringen Sportlerinnen und Sportler aus über 200 Nationen zusammen, Sportbegeisterte aus der ganzen Welt verfolgen das Geschehen und lassen sich vom olympischen Geist anstecken. Doch was kommt nach dem Wettkampf? Viele sorgen sich, dass die Spiele den Austragungsorten nichts als Schulden und leeren Sportstätten hinterlassen. Auch die letzten deutschen Olympiabewerbungen in Hamburg und Berlin scheiterten nicht zuletzt am Widerstand der Bevölkerung. Für das Jahr 2032 gibt es nun nur noch einen deutschen Kandidaten: Das Ballungsgebiet Rhein-Ruhr.

### TOURISMUS-BOOM DURCH OLYMPIA?

Wenn der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) die Rhein-Ruhr-Region ins Rennen schickt, könnten die Spiele in 12 Jahren nach Nordrhein-Westfalen geholt werden. Doch was sagt die Bevölkerung dazu? Die Bonner Akademie hat zusammen mit dem Meinungsforschungsinstitut YouGov nachgefragt. Das Ergebnis war verblüffend: Der Großteil der Bevölkerung sieht in gleich mehreren Sektoren einen nachhaltigen Gewinn für die gesamte Region. So haben 61% der Befragten angegeben, dass durch die Austragung der Olympischen Spiele 2032 vor allem der Tourismus einen Zuwachs erfahren würde. Die Befragten zwischen 45 und 55 Jahren zeigten sich sogar

### WELCHE SEKTOREN WÜRDEN AUS IHRER SICHT AM STÄRKSTEN DURCH DIE AUSTRAGUNG DER OLYMPISCHEN SPIELE 2032 IN DER RHEIN-RUHR-REGION PROFITIEREN?



Die häufigsten 5 Antworten (Mehrfachnennung möglich)

N = 2545, Quelle: Jul 2020 ©YouGov.de

noch zuversichtlicher und stimmten mit 71% dafür. Ein rundum positives Bild ergab sich auch in den anderen Sektoren. Fast die Hälfte der Befragten sieht in den Olympischen Spielen einen Motor für die Wirtschaft: 48% sagten aus, dass die Spiele den Wirtschaftsstandort Rhein-Ruhr stärken würden. Mehr als ein Drittel der Befragten sahen außerdem Chancen für die Infrastruktur (36%), Verkehr und Mobilität (38%) und die hiesigen Sportvereine (38%). Noch überzeugter von der Stärkung der Sportvereine und -verbände sind mit 81% eine große Mehrheit der Spitzenverdiener. Wer weiß, vielleicht bringt die nächste Sportlergeneration eines Tages den ein oder anderen Olympioniken von Morgen hervor?

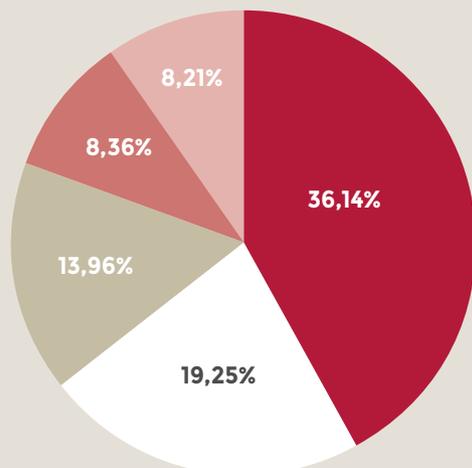
## EIN MOTOR FÜR DIE GESAMTE REGION

Chancen für die Tourismus- und Wirtschaftsbranche: Mit Blick auf dieses Ergebnis verwundert es nicht, dass eine relative Mehrheit von 36% der Befragten mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze rechnet. Das ergaben die Antworten auf die Frage, welche Begleiterscheinungen die Olympia-Austragung mit sich bringen würde. Mit 19% wurde am zweithäufigsten angegeben, dass der Breitensport am ehesten profitieren würde. Rund 14% sahen die größte Chance in einer Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Erinnert man sich an die Sorgen in Hamburg oder Berlin, mag das positive Stimmungsbild aus NRW erst einmal überraschen. Aber tatsächlich bietet die Rhein-Ruhr-Region schon jetzt beste Voraussetzungen für die Ausrichtung des Sportevents. Denn hier greift das gebündelte Potential von insgesamt 14 Kommunen: Der Ballungsraum im Herzen Europas verfügt bereits über etwa 90% der benötigten Sportstätten. Lästige und teure Großbauprojekte sind somit nicht notwendig. Das könnte erklären, wieso – anders als in den anderen beiden Städten – die wirtschaftlichen Chancen größer als die Herausforderungen erscheinen.

Die Austragung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2032 könnte eine ganze Reihe an Innovationen ankurbeln, von denen die Städte an Rhein und Ruhr nachhaltig profitieren würden. Das betrifft in den Augen der Befragten vor allem die Bereiche Tourismus, Wirtschaft oder Mobilität und Infrastruktur. Außerdem würde die entfachte Sportbegeisterung auch dem Breitensport und somit den Sportvereinen und -verbänden vor Ort nützen. Ein weiterer Punkt ist nicht zu vergessen: Die Spiele in Tokyo mussten in diesem Jahr pandemiebedingt verschoben werden. Insgesamt lässt sich schwer voraussagen, ab wann Großveranstaltungen wieder Teil unseres Alltags sein werden. Aktuell erscheinen sie noch sehr weit entfernt. Doch die Umfrage hat gezeigt, dass wir gerade jetzt den Blick nach vorne richten und Zukunftsvisionen nicht aus den Augen verlieren sollten.

## WELCHE DER FOLGENDEN BEGLEITPHÄNOMENE DER OLYMPISCHEN SPIELE WÜRDEN AM WAHRSCHEINLICHSTEN EINTRETEN?



- Es würden neue Arbeitsplätze entstehen
- Der Breitensport würde profitieren
- Es würde sich ein stärkeres gesellschaftliches Zusammengehörigkeitsgefühl etablieren
- Andere Begleitphänomene
- Es würde sich eine (noch) größere Toleranz der Bevölkerung gegenüber anderen Kulturen entwickeln

Die Antworten wurden der Reihenfolge nach geordnet. Die Prozentangaben zeigen die Häufigkeit der Antwort 1.

N = 1018, Quelle: Jul 2020 ©YouGov.de

REST



ITS ALIVE

NOV-9-89

BIRGIT KINDER

VH. 1990  
FK. 0950  
IK. 1995  
M. 2000  
VL. 2000

## 30 JAHRE WIEDERVEREINIGUNG

# EINIGKEIT...? UND RECHT UND FREIHEIT



Von Petra Köpping

**W**ir können stolz sein auf die Wiedervereinigung. Sie gelang friedlich, selbstbestimmt und mit viel Euphorie. Und doch erscheinen 30 Jahre nach der Deutschen Einheit die Unterschiede zwischen Ost und West so groß wie nie zuvor. Ostdeutschland steht zwar wirtschaftlich auf einem deutlich stabileren Fundament, als es noch vor wenigen Jahren vorhersehbar war. Auch die Zeiten der Massenarbeitslosigkeit sind vorbei. Doch weiterhin fühlt sich die Hälfte der Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse. Demgegenüber wächst ein (eher) westdeutsches Unverständnis angesichts rechter Aufmärsche wie Pegida und hoher Wahlerfolge der AfD über den Osten insgesamt. Warum kommt aber die Deutsche Einheit in großen Teilen nicht voran – oder verzeichnet sogar Rückschritte?

Ein Grundproblem besteht in dem Diskurs der letzten 30 Jahre: Der Soziologe Steffen Mau stellte Anfang August 2020 in der Berliner Zeitung die Frage: „Ist der Osten, die deutsche Einheit ausdisku-

tiert“? Und er gab auch die Antwort: „In der Menge vielleicht schon, in der Sache aber noch nicht“.<sup>1</sup> Und ja, wir erleben eine „Schleife des Immergleichen“, mit denselben Themen (Unrechtsstaat, Treuhand, Vereinigungsbilanz etc.); mit denselben Argumenten, von denselben DDR-Bürgerrechtlern und Politikern. Die konkreten, sehr unterschiedlichen Lebenserfahrungen der Menschen im Osten kamen in dieser Schwarz-Weiß-Erzählung kaum vor. Über psychologische, sozioökonomische und soziologische Folgen und Ungerechtigkeiten der Nachwendezeit wurde *in der Sache* kaum gesprochen. Gleichzeitig gingen diese Debatten an den meisten Westdeutschen völlig vorbei.

Verstärkt wurde dies durch einen Westblick des öffentlichen Diskurses: man muss wissen, die öffentlich einflussreichen Elitepositionen aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien etc. sind selbst im Osten nur zu 25–35% von Ostdeutschen besetzt. Bundesweit sind es nur 1,7% der Spitzenpositionen (Bevölkerungsanteil: 17%). Auch deshalb wurden Hintergründe und Ursachen für Unzufriedenheit und Systemverdruss, Systemverachtung und Misstrauen selten verstanden: In der Nachwendezeit ging der Verlust von sozialer und kultureller Sicherheit und Stolz Hand in Hand. Die meisten profitierten zwar von der neuen Freiheit. Doch es wird im Nachhinein oft übersehen, wie hart es viele damals traf. Das habe ich in meinem Buch „Integriert doch erst

<sup>1</sup> <https://www.berliner-zeitung.de/zeitenwende/steffen-mau-ist-der-osten-ausdiskutiert-verschanzt-in-schuetzengraeben-li.96583?fbclid=IwAR0ub3rXzheLvpOuG3RInloYWBnJqUOf8UAyi9RVsIK8NgArFpzXueE5wFQ>

mal uns“, zu beschreiben versucht. Familien gingen kaputt. Arbeitslosigkeit, Scheidungen und psychische Belastungen – das betraf sehr viele. Heute sind die meisten zwar wieder gesund, aber die Ablehnung von „dem Westdeutschen“ und „der Politik“ ist bei nicht wenigen geblieben. Viele tragen Demütigungen, Kränkungen und Ungerechtigkeiten mit sich herum, unabhängig, ob sie sich nach 1990 erfolgreich durchgekämpft haben oder nicht. Flüchtlinge sind dabei zumeist nur eine Projektionsfläche für eine tiefer liegende Wut, Kritik und Unzufriedenheit.



Dazu kam ein zu Teilen recht überheblicher Blick auf den Osten. Nehmen wir das Thema Rechts-Extremismus. Ich bin die letzte, die Rassismus und die Gefahr organisierter Neonazis in Sachsen unter den Tisch kehrt. Die Berichterstattung klang in meinen Ohren allerdings oft wie Auslandsberichte von Korrespondenten aus irgendeinem weit entfernten Land. Im Zuge der Aufmärsche von Pegida ergoss sich kollektiver Spott, Schulmeisterei und Häme über „die Osis“, während aktuell in Hessen im Rahmen der NSU 2.0-Skandale selten von „westdeutschen rechtsextremen Traditionslinien“ die Rede ist. Die Journalistin Jana Hensel sieht einen „milderer und toleranter“ Blick auf die Anti-Corona-Demonstranten als damals bei Pegida: „Dass man sie zwar wie eine Art schwarzes Schaf der Familie betrachtet, aber dennoch weiter zu den Familienfeiern einlädt – während 2015 oft unwidersprochen blieb, wenn jemand im Westen forderte, die Mauer wieder aufzubauen“<sup>2</sup>. Das zentrale Problem bestand aber darin, die radikalen Folgen des globalen Turbokapitalismus zu übersehen, der nach 1990 durch Ostdeutschland

fegte – auch weil die Motivation dahinter oft aus dem Westen kam: Der Historiker Marcus Boick hat in seiner Darstellung über die Treuhand festgestellt, dass viele Treuhand-Manager aus westfälischen Unternehmen kamen und diese den in ihren Augen „zu sozialen“ Strukturwandel im Ruhrgebiet vor Augen hatten, der für viele Ökonomen viel zu langsam und mit teurer staatlicher Subventionierung vollzogen wurde. Eine Wiederholung eines solch langsamen, behutsamen Prozesses wollte man verhindern. Und das tat man dann in Ostdeutschland, indem man schnelle und eher schmerzhaftere Entscheidungen bevorzugte.

Ostdeutschland ähnelt so eher Großbritannien, den USA oder Osteuropa nach den neoliberalen Schocktherapien unter Margaret Thatcher, Ronald Reagan und des IWF – doch am Ende dieser Entwicklung stehen Brexit, Donald Trump, Victor Orban und die polnische PIS-Partei. Öffentlicher Vergleichsmaßstab für den Wandel in Ostdeutschland war hingegen immer Westdeutschland. Man übersah, wie kollektiv „verwundbare Arbeiterklassen“ entstanden, bei denen „das Gefühl der Sicherheit durch das der permanenten Gefährdung“ ersetzt wurde.<sup>3</sup> In Ostdeutschland führte dies zu einem Verzichtsbündnis der Arbeiter mit ihren Arbeitgebern: Diese versprachen, um die Jobs zu kämpfen. Dafür sollten die Beschäftigten keine Betriebsräte gründen, für bessere Arbeitszeitmodelle kämpfen oder gar für höhere Löhne streiten. Dieses Denken gab vielen damals Sicherheit. Es machte aber auch „wunschlos unglücklich“, wie der Arbeitswissenschaftler Michael Behr einmal formulierte. Die Folge: jede vierte sächsische Arbeitnehmerin und jeder vierte Arbeitnehmer profitierte bei der Einführung des Mindestlohns von 8,50 Euro. Und noch heute hat jede und jeder Dritte der Aufbaugeneration in Sachsen ein Einkommen unter 12 Euro – und steuert direkt auf die Altersarmut zu.

Langsam kommt die beschriebene Entwicklung auch in Teilen Westdeutschlands an: Bottrop, Gelsenkirchen oder Mannheim haben eben auch einen enormen Strukturwandel hinter sich. Unsere Gesellschaft zerfällt dabei wieder in Klassen. Das betrifft vor allem das untere Drittel der Gesellschaft, das im Osten sehr viel stärker ist als etwa in Süddeutschland. Die Menschen sind tief enttäuscht von Politik. Sie fühlen sich ohnmächtig. Sie stehen

<sup>2</sup> Jana Hensel, Die Wohlstandsschwester von Pegida, in: Die ZEIT, 23. Mai 2020.

<sup>3</sup> Siehe Zitate in Robert Misik, Die falschen Freunde der einfachen Leute, Frankfurt 2020.

auf einer Rolltreppe, die aber nach unten fährt.<sup>4</sup> Sie müssen sich abkämpfen, um überhaupt im ersten Stock zu bleiben. Stoppen sie ihre Bemühungen, droht der Sturz nach unten. In der Folge haben sie die Ellbogen gegen Konkurrenten ausgepackt.

Man muss verstehen: Ein Teil der populistischen Bewegung ist eben auch ein Schutz vor marktgetriebener Konkurrenz. Viele richten sich in einem „Widerstand gegen die da oben ein“, angeführt von westdeutschen Demagogen wie Gauland, Höcke und Kalbitz.

**W**as also tun? Erstens brauchen wir einen weiteren Aufbruch im öffentlichen Diskurs. Steffen Mau beschrieb diesen als eine Diskussion, geführt „mit Lebendigkeit, Neugier und auch Zuspitzung zwischen Wirtschaftseliten, Wissenschaftlerinnen, Leitartiklern, der Politik, Literatinnen und Literaten, Kulturfunktionären, Spitzenjuristen, den Bürgerrechtlern und, natürlich, den Bürgerinnen und Bürgern. Eine Debatte, die den dominanten Blick des Westens dezentriert und zugleich viele Selbstverständlichkeiten im Osten (etwa den gern in Richtung Westen gemachten Kolonialisierungsvorwurf) befragt. Eine, in der Menschen sich erkennen und zugleich herausgefordert werden, die sie an einem Prozess der Meinungsbildung beteiligt. Eine, die das Auseinanderfallen von offiziöser Geschichtspolitik und Alltagserfahrungen der Menschen zu überwinden weiß. Und eine, die in dem Zusammenkommen von Ost und West ebenso wie in der Migrationsgeschichte eine Quelle gesellschaftlicher Selbstverständigung sieht“.<sup>5</sup> Dem kann ich nur zustimmen: Denn es bleibt unbestritten wichtig, dass die Ostdeutschen nicht nur meckern, sondern die neuen Straßen und öffentlichen Einrichtungen sowie Investitionen in den „neuen Bundesländern“ wertschätzen, während die Städte und die Infrastruktur in Duisburg, Gelsenkirchen oder auch Marl teilweise veröden. Gleichzeitig fordere ich meine Landsleute zu mehr Eigenengagement und Selbstermächtigung auf: jetzt, wo Verantwortung und Macht auf demokratischem Wege für jede und jeden erreichbar sind, sollen die Menschen sich auch daran beteiligen und friedlich in Parteien, Vereinen und Initiativen mitgestalten.

Zweitens brauchen wir einen echten sozialpolitischen Aufbruch für ganz Deutschland: Wir müssen den Druck des kalten Wettbewerbs auf ganze

Gruppen und Klassen in der Bevölkerung wieder mindern. Es braucht mehr Respekt vor den hart arbeitenden Menschen. Deshalb braucht es einen Mindestlohn von 12 Euro. Wir müssen Hartz IV abschaffen, etwa durch ein neues Bürgergeld, wie es die SPD vorschlägt, um den schnellen Absturz jener, die lange gearbeitet haben, nach ganz unten zu verhindern und einen hart erarbeiteten Wohlstand auch in Krisenzeiten über einen längeren Zeitraum abzusichern. Dazu gehört auch der Schutz für Wohnung und Ersparnis, verlängerte Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für diejenigen, die bereits viele Arbeitsjahre hinter sich haben. Und gleichzeitig für eine starke Wirtschaft zu sorgen, um Arbeitsplätze zu sichern, ist kein Widerspruch.

**W**ir brauchen schließlich drittens einen neuen demokratischen Aufbruch in (Ost-) Deutschland! Die Demokratie war historisch immer ein Instrument aller, die nicht auf der Butterseite des Lebens gefallen sind, ihre Interessen durchsetzen zu können. Diese Seite der Demokratie müssen wir wieder stärker betonen und mit einem Kampf für Freiheit und gegen Menschenfeindlichkeit verbinden. Dazu gehören neben den sozialen Maßnahmen die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, die Stärkung der Demokratie in den Betrieben, mehr direkte Demokratie sowie ein gesellschaftlicher Aufbruch. Warum bekommt nicht jede Gemeinde ein frei verfügbares Budget für Projekte vor Ort, über welche nur mit Bürgerbeteiligung entschieden werden kann? Mit diesen drei Ansätzen kämen wir meiner Ansicht nach am nächsten runden Jahrestag der echten Deutschen Einheit einen wichtigen Schritt näher. Und zwar in Ost- und Westdeutschland.

#### Petra Köpping

ist seit 2019 Sächsische Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zuvor war sie 10 Jahre lang Mitglied der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Von 2014 an war sie Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration. Ihr Buch „Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten“ erschien 2018.

4 Das Bild der Rolltreppe stammt aus Oliver Nachtwey, Die Abstiegs-gesellschaft – Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Frankfurt 2016.

5 U.a. der Autor des sehr lesenswerten Buches „Lütten Klein – Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft“, Frankfurt 2019.



## POLITIK UND PANDEMIE

# PROBLEME GROß, CHANCEN GRÖßER



Von Alfred Merta

**D**ie Welt wird nach Corona nicht mehr dieselbe sein. Darin sind sich Fachleute aller Disziplinen einig. Auf die deutsche Politik trifft diese Prophezeiung, zumindest auf den ersten Blick, allerdings nicht zu. Nach der Bundestagswahl im Herbst 2021 wird mit großer Wahrscheinlichkeit ein CDU/CSU-Politiker von einer schwarz-grünen Koalition im Bundestag zum Bundeskanzler gewählt werden. Das galt auch schon lange vor Corona als gewiss, darauf deuteten Umfrageergebnisse, die politische Themenlage und die Absage der SPD an eine weitere „Groko“ hin.

Anders als bisher gedacht wird allerdings der Weg zu diesem Wahlergebnis sein, viel intensiver und ernster als sonstige Wahlkämpfe. Die Krise hat der deutschen Politik zu einem neuen Bewusstsein und einem neuen Niveau verholfen. Zur rechten Zeit, denn Deutschland steht vor gewaltigen Aufgaben in der Wirtschafts- und in der Umweltpolitik. Viele davon sind in der Corona-Krise entstanden, viele erst durch sie besonders deutlich geworden. Und die Chancen, dass die deutsche Politik diese Aufgaben meistert, stehen nicht schlecht. Denn viele Politiker und die große Mehrheit ihrer Wähler

haben in den Frühjahrsmonaten des Jahres 2020 Qualitäten bewiesen, die ihnen noch nie abverlangt wurden. Das könnte sie stark machen für das, was auf das Land und die Welt in den Jahren nach Corona zukommt.

Wobei es ja „nach Corona“ in Wirklichkeit nicht geben wird. Das Virus wird weiterhin präsent und bedrohlich sein. Mit dieser Redewendung kann deshalb nur gemeint sein, dass Deutschland die Gefahr weiterhin halbwegs im Griff behält und die Stimmungslage sich trotz vieler Sorgen und Probleme allmählich verbessert. Nur für diesen Fall kann man eine Prognose wagen, wie sich die deutsche Politik bis zur Bundestagswahl entwickeln wird.

Behält Deutschland Corona weiter im Griff, werden sich fast alle Parteien eingangs des Wahljahres bestätigt fühlen. Sowohl die Große Koalition auf Bundesebene, als auch die Landesregierungen – sie haben die erfolgreiche Strategie des Shutdowns mit anschließender allmählicher Lockerung durch- und umgesetzt. Die Oppositionsparteien mit Ausnahme der AfD haben sie weitgehend mitgetragen. Diskussionen über Art und Zeitpunkt mancher Lockerungen werden im Nachhinein kaum eine Rolle in der Bewertung spielen. Das bewegte sich alles im demokratischen Rahmen.

Im Zuge der Corona-Bewältigung wurden fast nebenbei auch viele Sachentscheidungen gefällt, mit denen man sonst einen kompletten Wahlkampf bestreiten könnte, etwa die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes oder das Verbot der ausbeuterischen Werkverträge in der Fleischindustrie. Mehr für Pflegeheime und ihre Mitarbeiter tun, die Krankenhäuser verbessern und vernetzen, mehr Schwung in die

Digitalisierung der Schulen bringen – das alles ist in der Corona-Krise angestoßen worden und muss nun weiterverfolgt werden.

Hierbei stehen die Chancen für Politiker, die von ihrem Sachgebiet etwas verstehen und ihre Politik mit Argumenten und nicht mit schrillen Sprüchen betreiben wollen, nicht schlecht. Denn die Wähler sind in den Monaten der Corona-Krise politischer geworden. Nicht unbedingt in einem parteipolitischen Sinn, aber sie haben Erfahrungen gemacht und ein Gespür dafür entwickelt, was politische Entscheidungen in ihrem Leben bewirken. Letztlich haben ja die Wähler in ihrer großen Mehrheit die Krise gemeistert. Sie können jetzt anspruchsvoll sein, was die Qualität der weiteren politischen Vorschläge und Maßnahmen betrifft.

Obwohl fast alle Parteien die deutsche Corona-Politik mitgetragen haben, gibt es nach allen Wähler-Umfragen unter ihnen nur eine Gewinnerin, die die Ernte des Erfolgs einfährt: die Union aus CDU und CSU. In der Anfangsphase der Krise, als tägliche Pressekonferenzen noch der Quotenhit auf allen Fernsehsendern waren, hatte sie die beiden entscheidenden Politiker in ihren Reihen: Bundeskanzlerin Angela Merkel und den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder, als Vorsitzender der Ministerpräsidenten-Konferenz in dieser Phase in den Augen des Publikums eine Art Nebenzkanzler.

Merkel und Söder vermittelten Kompetenz und Entschlusskraft. Sie bedienten die Sehnsucht der Bürger nach einem verlässlichen Staat mit funktionierenden Behörden und Krankenhäusern. Die Deutschen hatten ja gerade erst beobachten können, dass in vielen anderen Ländern der Staat nicht funktionierte.

**A**uch die SPD, vor allem Finanzminister Olaf Scholz und Arbeitsminister Hubertus Heil, trugen zu diesem guten Eindruck der Regierenden bei. Anfangs stiegen ja auch die Umfragewerte der Sozialdemokraten. Aber dann drifteten die beiden neuen Parteivorsitzenden Esken und Walter-Borjans sowie Fraktionschef Mützenich vom politischen Gewinnerthema Corona weg. Sie befassten sich mit der deutschen Teilhabe an der NATO-Nuklearbewaffnung, sägten den Wehrbeauftragten des Bundestages ab, kurz: Während das Land um Gesundheit und Arbeitsplätze bangte, trieb die SPD ihren neuen Linkskurs voran. Pech für Scholz, Heil und andere kompetente SPD-Politiker. Pech für die Wähler mit SPD-Sympathie. Da es keine Mehrheitsaussicht auf Rot-Rot-Grün gibt, muss sich die SPD

auf eine Rolle als mittelgroße Oppositionspartei einstellen. Auch die Kanzlerkandidatur von Scholz wird daran nichts nennenswert ändern. Eine prägende Volkspartei dürfte sie dann endgültig nicht mehr sein, außer in einigen Bundesländern, in denen sie gute Regierungschefs stellt.

Ganz anders die Union. Auch wenn sie die teilweise prognostizierten 40% der Stimmen am Wahltag nicht erreicht, wird sie vermutlich als dominierende Kraft der deutschen Politik durchs Ziel gehen. Vorher muss sie allerdings noch eine knifflige Aufgabe lösen: einen Kanzlerkandidaten benennen.

**A**rmin Laschet, Friedrich Merz, Markus Söder – einer von den dreien wird es wohl werden. Wobei sich der bayerische Ministerpräsident trotz seines Höhenflugs dreimal überlegen dürfte, seine sichere Position in München zu verlassen und bei einem unerwartet mäßigen Ergebnis aufs Spiel zu setzen. Es ist eben ungewiss, ob sich hervorragende Umfragewerte auch in hervorragende Wahlergebnisse außerhalb Bayerns umsetzen lassen. Der CSU-Vorsitzende setzt möglicherweise darauf, auch aus der CDU als Spitzenkandidat gerufen zu werden, wenn ihr die eigenen Bewerber als zu schwach erscheinen. Drängt er sich selbst zu sehr vor, dann knirscht es in der Union, dann schwächelt ihr Wahlkampf. Und auch Söder ist ja nicht immun gegen Pannen bei der Corona-Bekämpfung. Sicher ist Söder, wenn er auf die eigene Kandidatur verzichtet, die gewichtige Rolle des Kanzlermakers, der nach der Wahl auf den Kanzler großen Einfluss ausübt.

NRW-Ministerpräsident Armin Laschet zählt innerhalb der CDU eher zu den Corona-Verlierern. Dabei hat er im Wesentlichen die gleiche allgemein akzeptierte Politik gemacht wie seine Länder-Kollegen. Aber er hat Nerven gezeigt. Er hat zur falschen Zeit mit unbedachten Sprüchen den Eindruck erweckt, er wolle die Sicherheit der Corona-Maßnahmen aufs Spiel setzen. Merkels Vorwurf der „Lockerungsdiskussionsorgien“ wurde auf Laschet bezogen. Dann hatte er auch noch das Pech, dass es in seinem Bundesland beim Fleischverarbeiter Tönnies zu einem großen Corona-Ausbruch kam, was Laschet wochenlang unangenehme Debatten bescherte. Ganz ungünstig für ihn: Seit Beginn der Corona-Krise wurde Laschet als Gegenspieler Söders wahrgenommen. Ohne dessen Zustimmung kann er aber nicht Kanzlerkandidat werden. Da gäbe es noch viel zu bereinigen.

Friedrich Merz, Laschets ernsthafter Gegenkandidat um den CDU-Vorsitz und in Folge um die



© Bayerische Staatsregierung



© Olaf Kosinsky

Kanzlerkandidatur, war während der Corona-Krise nur eine Randfigur, da er kein Regierungsamt innehat und sich somit nicht als Krisenbewältiger profilieren konnte. Er hat sich aus dieser ungünstigen Lage recht clever befreit, indem er die Regierung lobte und andeutete, er hätte es genauso gemacht. Überhaupt hat Merz die Mecker-Ecke verlassen und bewegt sich in Richtung Zukunft. Auch er hält wegen Corona nun riesige staatliche Konjunkturpakete, selbst den EU-Milliardenplan, für möglich und nötig. Auch er beschwört, dass solche Maßnahmen Deutschland und Europa einen entscheidenden Schub bei der Umweltpolitik, bei der Digitalisierung, beim Kampf um globale Konkurrenzfähigkeit verschaffen können.

**D**ie Union versucht zurzeit erkennbar, ihre Kompetenz für Wirtschaft und Arbeitsplätze um „grüne“ Themen wie Ernährung, Erneuerung der Landwirtschaft und vor allem Klimapolitik zu erweitern. Themen, die weltweit immer drängender werden und letztlich noch bedeutender als Corona werden können. Gäbe es das Virus nicht, wären womöglich der trocken-warme Frühling, das Baumsterben in Deutschlands Wäldern und die drohenden Missernten das Schlagzeilenthema Nummer eins gewesen.

Die Grünen müssen bis zur Wahl nun den entgegengesetzten Schritt machen. Sie müssen ihre umweltpolitischen Anliegen mit Lösungsvorschlägen zu der Corona-bedingten Wirtschaftskrise verbinden. Und sie müssen die vielen weiteren Themen besetzen, die durch Corona entstanden sind und vor allem die junge grüne Wählerschaft betreffen, etwa die Digitalisierung der Schulen oder die Rolle der Frau in der Familie in Zeiten von Home-Office. Ob die Grünen bei der Wahl deutlich über 20% kommen, wie zeitweilig schon erwartet, oder darunterbleiben, ist für die Partei nicht so wichtig. Ihre Chance, die Rolle der SPD im Parteienspektrum als entscheidender Mit- und Gegenspieler der Union zu übernehmen, bleibt davon unberührt.

Eine Rolle für die FDP hingegen ist derzeit nicht zu erkennen. Für Schwarz-Grün wird sie nicht gebraucht. Viele ihrer möglichen Wähler werden eher CDU und CSU stärken wollen als ihre Stimme noch einmal zu vergeuden wie beim Jamaika-Debakel nach der Wahl 2017. Das war die Mutter aller Fehler des FDP-Vorsitzenden Christian Lindner, der seitdem ohne Fortune agiert. Lindner schaffte es auch nicht, eine liberale Position zum rechten Maß von staatlichem Druck und bürgerlicher Selbstver-

antwortung gegenüber Corona aufzubauen. Von der FDP haften geblieben sind eher plumpe Sprüche wie die seines Stellvertreters Kubicki: „Wer Angst hat, soll zu Hause bleiben.“

Auch die Linkspartei wird nach der Wahl vermutlich nicht zu einer Koalitionsbildung gebraucht. Sie hat sich in der Corona-Krise staatstragend gezeigt. Aber so weit, in Deutschland regieren zu können, ist sie noch lange nicht.

Die AfD dürfte bis zur Wahl in ihren internen Machtkampf zwischen weit rechts und ganz rechts verstrickt bleiben, was ihre Wahlchancen nicht vergrößert. Gefährlich wird sie für Deutschlands Demokratie und die Stabilität des Parteiensystems aber an einer anderen Stelle: Indem sie Leuten eine Plattform bietet, die sowohl Corona als auch den Klimawandel leugnen, die Verschwörungstheorien nachhängen und sich selbst nicht mehr als Teil des Staatsgebildes sehen.

„Idioten gab es auf dieser Welt schon immer,“ hat Ex-Kanzler Gerhard Schröder in seinem neuen Podcast zu diesem Phänomen bemerkt. Stimmt, aber die Idioten haben inzwischen technisch aufgerüstet, beherrschen den Umgang mit dem Internet, verbreiten Hass und Hetze. Und sie können darauf verweisen, dass sie in vielen Ländern eine wachsende Anhängerschaft haben oder sogar an die Macht gelangt sind, wie in Brasilien etwa.

Die „Idioten“ im Schröderschen Sinne nicht zu laut werden zu lassen, sie das politische Klima nicht vergiften zu lassen, das ist nicht nur eine Aufgabe der Parteien und der professionellen Politiker. Hier ist die breite Mitte der Gesellschaft gefordert, die sich in der Corona-Krise so bewährt hat. Die Parteien allerdings müssen sich im Umgang mit den modernen Kommunikationsmitteln schleunigst in ein neues Zeitalter begeben. Die Reaktion der CDU auf das Video des Youtubers Rezo vor einem Jahr deutete bereits an, wie groß der Rückstand noch ist. Wahlkämpfe werden nach Corona wirklich nicht mehr die gleichen sein. Die Rede auf dem Marktplatz vor sich drängenden Anhängern als zentrales Event – diese Zeiten sind vorbei.

#### Alfred Merta

arbeitete lange Zeit als Kommunikationsberater, Journalist und Autor. Er war unter anderem für den Axel-Springer-Verlag tätig und arbeitet heute als freier Publizist im Raum Köln.



© Bayerische Staatsregierung

# „30 Jahre Einheit – wann wächst zusammen was zusammengehört? Die Story von westdeutschen Gewinnern und ostdeutschen Verlierern“

**DISKUSSIONSVERANSTALTUNG**  
**30. SEPTEMBER 2020**

**Matthias Platzeck**  
Ministerpräsident Brandenburg a.D.

**Dr. Ilko Sascha Kowalczyk**  
Historiker und Publizist



© Deutsch-Russisches Forum



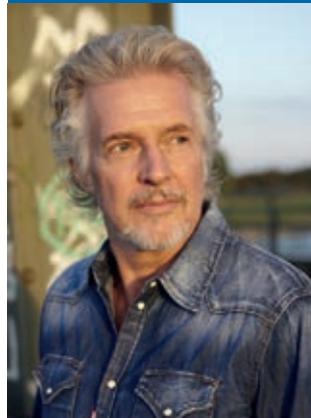
© Ilko von Schwilchow

# „Die Krise hinter Krise – Klimapolitik in Zeiten der Pandemie“

**DISKUSSIONSVERANSTALTUNG**  
**10. NOVEMBER 2020**

**Frank Schätzing**  
Schriftsteller

**Katharina Schulze**  
Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bayerischen Landtag



© Paul Schmitz



© Andreas Gregor

„Was braucht es, um  
Olympia an Rhein und Ruhr  
zum Erfolg zu bringen?“

**DISKUSSIONSVERANSTALTUNG**  
**30. NOVEMBER 2020**

**Gerhard Schröder**  
Bundeskanzler a.D.



©Marco Urban

Weitere Informationen finden Sie unter  
<https://www.bapp-bonn.de/veranstaltungen>

Impressum



Bonner Perspektiven 02 | 2020

**Herausgeber**

Prof. Bodo Hombach  
Bonner Akademie für Forschung und  
Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH  
Heussallee 18-24  
53113 Bonn

Tel.: 0228 / 73-62990

Fax: 0228 / 73-62988

E-Mail: [info@bapp-bonn.de](mailto:info@bapp-bonn.de)  
[www.bapp-bonn.de](http://www.bapp-bonn.de)  
[www.facebook.com/bapp.bonn](https://www.facebook.com/bapp.bonn)  
[www.instagram.com/bonner\\_akademie](https://www.instagram.com/bonner_akademie)  
[www.twitter.com/BonnerAkademie](https://www.twitter.com/BonnerAkademie)

**Redaktion und Lektorat**

Cornelius Lilie, Tilman Bartsch, Katharina Menrath,  
Hannah Scharrenberg

**V.i.S.d.P.**

Dr. Stefan Brüggemann

**Gestaltung**

designlevel 2  
[www.designlevel2.de](http://www.designlevel2.de)

**Illustrationen**

Krystin Unverzagt

**Druck**

Druckerei Eberwein OHG

Alle Rechte vorbehalten.

Copyright © 2020 by Bonner Akademie für Forschung  
und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH

Sofern nicht anders ausgewiesen, stehen die Bilder unter den  
Creative-Commons-Lizenzen. Wir haben uns bemüht, sämtliche  
Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustim-  
mung zur Verwendung der Bilder eingeholt. Sollte dennoch eine  
Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuchen wir um  
Mitteilung.

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie  
für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH  
unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Über-  
setzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und  
Verarbeitung durch elektronische Systeme.



**ALLE AUSGABEN  
DER BONNER PERSPEKTIVEN  
AUCH ONLINE UNTER:**

<https://www.bapp-bonn.de/publikationen/magazin-bonner-perspektiven>